

# Protokoll

## des Einwohnerrates Zofingen

### Amtsperiode 2010/13

### 4. Sitzung vom Montag, 24. Oktober 2011, 18.00 – 21.27 Uhr im Stadtsaal

#### Vorsitz

Patricia Kettner, Ratspräsidentin

#### Protokollführer

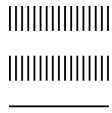
Arthur Senn, Stadtschreiber

#### Anwesend

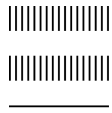
- 38 Mitglieder des Einwohnerrates (ab 19.00 Uhr 37 Mitglieder)
- 7 Mitglieder des Stadtrates
- Bereichs- und Abteilungsleitende der Stadtverwaltung

#### Entschuldigungen

- Bruno Blöchliger, Einwohnerrat
- Viviane Hösli, Einwohnerrätin
- Marcel Thüler, Einwohnerrat (ab 19.00 Uhr)



<b>Traktandenliste</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Mitteilungen</b>	269
<b>2. Voranschlag</b>	
GK 95 Voranschlag 2012 (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2012 sowie Finanz- und Investitionspläne 2012 – 2016 der Einwohnergemeinde Zofingen	270
<b>3. Parkierungsregime</b>	
GK 96 Teilrevision Parkgebührenreglement – Schaffung der Rechtsgrundlage für die Erhebung von Parkgebühren im Altstadt-/Bahnhof-Parking	281
GK 97 Initiative auf Einführung Blaue Zone in der Altstadt – Tarifiereduktion und Ausdehnung Gratisparkzeit im Altstadt-/Bahnhof-Parking als Gegenvorschlag	284
<b>4. Reglemente</b>	
GK 94 Personalreglement – Revision	289
<b>5. Kreditbewilligungen</b>	
GK 100 Kreditbewilligung für den Umbau der Büroräumlichkeiten der Regionalpolizei	292
<b>6. Parlamentarische Vorstösse</b>	
GK 89 Interpellation der FDP-Fraktion, Erstunterzeichner André Kirchhofer, vom 6. Juni 2011 betr. Attraktiver Mittelschulstandort Zofingen statt Finanzierungsrisiko! (Begründung und Beantwortung)	293
GK 99 Interpellation von Viviane Hösli, Marcel Thüler und Michael Wacker (alle SP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2011 betr. Zukunft OX. Kultur im Ochsen (Begründung und Beantwortung)	294
<b>7. Umfrage</b>	294



## Begrüssung

Fr. **Patricia Kettner**, Ratspräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne – insbesondere die Lernenden der Stadtverwaltung – zur vierten Sitzung im Jahr 2011. Der Einwohnerrat und das Präsidium schätzen es ausserordentlich, wenn die Kaderleute der Verwaltung an den Budgetsitzungen anwesend sind und den Parlamentsbetrieb mitverfolgen. Das ist wichtig für den Austausch zwischen Verwaltung und Parlament.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Nachdem keine Einwände gegen diese gemacht werden, können die Geschäfte in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt werden.

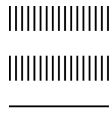
Die **Vorsitzende** wird um 21.00 Uhr den Einwohnerrat fragen, ob er die Sitzung von morgen Abend noch beanspruchen möchte oder ob heute alle Geschäfte zu Ende beraten werden können.

Für die heutige Sitzung haben sich Bruno Blöchli (FDP), Viviane Hösli (SP) und Marcel Thüler (SP) ab 19.00 Uhr entschuldigt. Der Rat ist mit 38 Mitgliedern verhandlungsfähig.

## Mitteilungen

Die **Vorsitzende** informiert über die **Gemeindebeschwerde von Michael Wacker**, Einwohnerrat, gegen den Beschluss des Einwohnerrates betreffend Erweiterung der Schulsozialarbeit. Nachdem das Büro des Einwohnerrates ein Wiedererwägungsgesuch wegen mangelnder Rechtsgrundlage abgelehnt hat, hat Michael Wacker definitiv Beschwerde beim DVI eingereicht. Das Büro des Einwohnerrates ist in der Zwischenzeit vom DVI zur Stellungnahme eingeladen worden und wird diese in dieser Woche noch zustellen. Das Büro des Einwohnerrates beantragt dem DVI die Beschwerde vollumfänglich abzuweisen. Hauptgründe sind folgende: Das Büro des Einwohnerrates vertritt die Meinung, dass an der Versammlung korrekt zwei sich ausschliessende Anträge einander gegenüber gestellt wurden. Das Abstimmungsverfahren wurde immer klar kommuniziert. Zudem kann von einem Parlamentsbetrieb erwartet werden, dass Einwendungen gegen klar kommunizierte Abstimmungsverfahren sofort erfolgen. Andernfalls muss das Ratspräsidium davon ausgehen können, dass der Rat mit dem skizzierten Vorgehen einverstanden ist. Zudem ist das Ratsbüro davon überzeugt, dass die Beratungen auch bei dem vom Beschwerdeführer verlangten anderen Vorgehen im Endeffekt kein anderes Ergebnis ergeben hätte. Der Entscheid des DVI ist abzuwarten und wird im Einwohnerrat wieder kommuniziert.

Im Zusammenhang mit dem Entscheid des Einwohnerrates zur Schulsozialarbeit haben die Fraktionsmitglieder der FDP vom Schulleiter ein Mail erhalten, in dem er seiner Enttäuschung Ausdruck gibt. Dass er allerdings als Kadermitglied der Stadt den Einwohnerratesbeschluss als zynisch bezeichnet, überschreitet die Grenzen des Respekts gegenüber einem gewählten Parlament. Als Präsidentin des Einwohnerrates aber auch als Verwaltungsmitarbeiterin hat die Vorsitzende Verständnis, dass es zu Enttäuschungen kommen kann. Aber als Stadtangestellte benötigt es auch eine hohe Frustrationstoleranz gegenüber politischen Entscheidungen. Es ist darum nicht akzeptabel, dass politische Entscheidungen derart abqualifiziert werden. Die Vorsitzende erwartet von der Verwaltung und von der Schule einen respektvollen Umgang mit den Entscheidungen des Stadtparlaments und hat deshalb den zuständigen Ressortchef Hans-Ruedi Hottiger gebeten, den Respekt in diesem besonderen Fall anzumahnen. Dies ist erfolgt und somit ist diese Angelegenheit erledigt.



Den Einwohnerratsmitgliedern wurden an der heutigen Sitzung folgende **Unterlagen verteilt**:

- Daten Einwohnerratssitzungen 2012

Nachdem gegen die **Protokolle** der Einwohnerratssitzungen vom 21. März und 20. Juni 2011 innerhalb der Frist keine Einwände eingegangen sind, werden diese unter bester Verdankung an den Ratssekretär als genehmigt erklärt.

### Neueingänge

Folgender parlamentarischer Vorstoss ist neu eingegangen:

- Motion der SVP- und FDP-Fraktion betr. Verzichtsplanning Businessplan zur Erreichung und Einhaltung eines langfristig ausgeglichenen Haushaltes der Einwohnergemeinde

Das Büro des Einwohnerrates hatte Kenntnis von dieser Motion und hat diese für die Einwohnerratssitzung vom kommenden November traktandiert.

Im Weiteren hat das Büro des Einwohnerrates entschieden, eine Spezialkommission für die Ortsplanungsrevision einzusetzen. Nominationen sind dem Ratssekretär bis Mittwoch, 23. November 2011, 12.00 Uhr, zu melden. Die Fraktionspräsidenten werden darüber noch schriftlich informiert.

### Art. 75

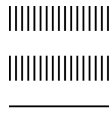
#### GK 95

#### **Voranschlag 2012 (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2012 sowie Finanz- und Investitionspläne 2012 – 2016 der Einwohnergemeinde Zofingen**

„Übergeordnete Veränderungen zeigen Wirkung“ – Hr. **Marcel Murri**, Präsident der FGPK, bemerkt einleitend, dass verschiedenen Prozesse, die schon über Jahre mitverfolgt werden konnten, jetzt langsam zum Abschluss kommen und erste Wirkungen zeigen. Dazu drei typische Prozesse: Generell die Aufgabenverschiebung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden. Dies budget- und finanzplanseitig ab Jahr 2013 und Folgende. Steuersenkungen auf kantonaler Ebene und generell neue Aufgaben, die an die Gemeinden herangetragen werden. Resultat: Ressourcen sind endlich. Viele Gemeinden müssen jetzt Fehlendes kompensieren, entweder mit dem Erbringen von weniger Leistungen oder mit dem Generieren neuer Ressourcen. Wohin steuert hier Zofingen?

Vieles oder einiges ist im Budget 2012 ähnlich wie im letzten Budget, aber mit einem kleinen Unterschied: Das Delta in der Rechnung hat sich leicht verschoben. Die FGPK hat am 29. September 2011 das Budget mit Stadtrat und einem Teil des Kaders geprüft bzw. besprochen. Trotz verschiedenen Absenzen bei Stadtrat und FGPK lief dies sehr gut. Neu wurden auch die politischen Fragen schriftlich beantwortet. Dies hat sich sehr bewährt. An dieser Stelle bedankt sich Marcel Murri beim Stadtrat und dem Kader für den sehr guten, offenen und transparenten Prozess. Der Dank geht auch an Thomas Valko, welcher diese Sitzung infolge Abwesenheit von Marcel Murri geleitet hat. Wie erwähnt wurden nicht nur die Detailfragen, sondern auch die politisch strategischen Fragen schriftlich und sehr präzise beantwortet. Das ermöglichte sehr effiziente Sitzungen.

Das Budget 2012 liegt mit einem neuen Erscheinungsbild vor. Nicht nur das Design sondern auch der Inhalt ist leicht verändert. Es wirkt modern, ist übersichtlich und straff. Die FGPK ist überzeugt,



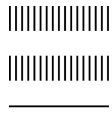
mit diesem Führungsinstrument gut arbeiten zu können. Generell bestätigt die FGPK, dass das Budget korrekt vorliegt. Formell wurden keine Schwachstellen gefunden. Dank auch an dieser Stelle den Budgetteams. Alle Detailfragen wurden absolut zufriedenstellend beantwortet.

Hr. Marcel Murri erinnert die Mitglieder des Einwohnerrates daran, dass es nun um die wichtigsten Facts zum Budget 2012 geht, nicht 2013 und folgende. Die Finanzplanung wird nur zur Kenntnis genommen. Die Selbstfinanzierung ist sehr schwach. Das ist schon seit längerem bekannt. Bei einem Ziel von CHF 5 bis 6 Millionen Selbstfinanzierung nur knapp 3 Millionen zu erwirtschaften, ist kritisch. Der Investitionsbedarf ist bei CHF 6,2 Millionen netto sehr hoch. Bewusst ist allen, dass dieser Investitionsbedarf nicht sinken wird, solange Zofingen attraktiv bleiben will. Also wird dieser eher steigen. Dazu kommen die meisten Kredite in diesem Bereich, die bereits gesprochen wurden. Im 2010 wurde etwas weniger investiert als geplant. Wenn man davon ausgeht, dass die Investitionen nötig sind, hat dies nun Auswirkungen. Obschon die Steuer-Einnahmen mit optimistisch geschätzten 3,5 % wachsen sollen, was notabene ein Bevölkerungswachstum von 2 % erfordert, was möglicherweise auch wieder Folgekosten nach sich zieht, resultiert ein Fehlbetrag von knapp CHF 3,5 Millionen. Zurzeit ist dies für Zofingen tragbar und kein Problem. Doppelt unterstrichen: Zurzeit. Vor allem wenn man dies an dem Gesamtbetrag von rund CHF 80 Millionen misst, macht dies rund 4 % aus. Also kein Grund zur Panik.

Der Nettoaufwand ist um stattliche 8 % gestiegen. Dies zu einem recht grossen Teil fremd bestimmt durch den Personalaufwand der Volksschulen, durch den ganzen Gesundheits- und Pflegebereich sowie ein Stück weit auch durch den ÖV. Um dies zu korrigieren, müsste nicht nur auf kantonaler sondern auch auf nationaler Ebene angesetzt werden. In diesem Sinn: „Den letzten beißen die Hunde“. Das heisst unter dem Strich, dass das Budget soweit seriös, offen und klar dargestellt ist. Es ist im Augenblick tragbar und es gibt keinen Grund, planlos vorauseilend und reflexartig irgendwelche Schlüsse zu ziehen und allzu schnell zu handeln. Im Vergleich mit den Nachbargemeinden ist die Lage der Einwohnergemeinde Zofingen im Augenblick deutlich weniger kritisch.

Der Blick in den Finanzplan wird spannend. Die Einnahmenseite wird mit etwas Glück plus/minus konstant bleiben. Nicht zu erwarten ist eine Explosion bei den juristischen Personen bezüglich Steuern, und wenn man davon ausgeht, dass die Wirtschaft nicht irgendwo ein gröberes Problem hat, wird dank der Steuereinnahmen der natürlichen Personen die Einnahmenseite stabil bleiben. Vermutlich wird der Aufwand weiterhin steigen, vor allem auch fremd bestimmt. Bezüglich der Investitionen wird einiges nötig sein. Die Selbstfinanzierung wird sich sicher bei diesen Voraussetzungen nicht verbessern. Das betrifft alle Gemeinden im Kanton, einzelne sogar dramatisch. Der Quervergleich zeigt im Augenblick, dass an und für sich Zofingen bezüglich Aufwandseite relativ fit ist, was auch die gebundenen Aufgaben betrifft. Grundsätzlich muss man nicht von einer überdimensionierten Verwaltung reden. Kommt dazu, dass Zofingen eine Zentrumsfunktion hat. Sehr viel der Attraktivität von Zofingen hängt damit zusammen. Ein allfälliges Sparpotenzial wird sich künftig sehr kritisch im Zusammenhang mit der Standortattraktivität von Zofingen verhalten. Marcel Murri zitiert Redaktor Kurt Blum: „Eine baufällige Geisterstadt ist wohl kaum attraktiv, weder für Firmen noch für die Bewohner“.

Nun zum konkreter Ausblick zum vorliegenden Budget: Aus Sicht der FGPK ist das vorgeschlagene Vorgehen durch den Stadtrat richtig. Eine seriöse Planung ist nötig um das Betrachten von Varianten zu ermöglichen. Dafür muss zuerst die Ausgangslage geschaffen werden. Dies schlägt der Stadtrat mit dem gewählten Vorgehen vor, indem er die Punkte auf der Aufwandseite seriös auseinander genommen hat. Hr. **Marcel Murri** bezeichnet dies persönlich nicht direkt als eine Spar- oder Verzichtsplanning, sondern generell als Ressourcenplanung. Die FGPK möchte mit einbezogen wer-



den, nicht in die einzelnen Planspiele, aber eine Vermittlerrolle zwischen Stadtrat und Parlament sollte ermöglicht werden, um allfällige Lösungen politisch tragfähig zu machen.

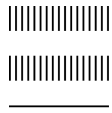
Die FGPK empfiehlt den Antrag 1 betr. Erhöhung der Abwassergebühren mit 7 zu 0 zur Annahme, dem Antrag 2 betr. Sistierung der Einlage in den Parkgebührenfonds mit 7 zu 0 zuzustimmen, dem Antrag 3 betr. Voranschlag mit einem Steuerfuss von 102 % und dem Investitionsvoranschlag mit 5 zu 0 bei 2 Enthaltungen zuzustimmen und dem Antrag 4 betr. Investitions- und Finanzplan 7 zu 0 Kenntnis nehmend zuzustimmen.

Die **Vorsitzende** bedankt sich beim Präsidenten der FGPK und der ganzen Kommission für die grossartige Arbeit und die sehr gute Dokumentation, die das Arbeiten in den Fraktionen sehr vereinfacht.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **Thomas Valko** teilt mit, dass die Fraktion der FDP den Voranschlag intensiv geprüft hat. Die neue Darstellung ist übersichtlicher und das Ganze ist gut präsentiert. Die Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten, die dazu beigetragen haben. Wenn die Zahlen im Detail analysiert werden, taucht aber schon noch die eine oder andere konkrete Frage auf, die noch nicht genügend geklärt werden konnte. An entsprechender Stelle wird die Fraktion noch gezielt nachfragen. Grundsätzlich – und dies ist nicht neu – ist hier die absinkende Selbstfinanzierung das grosse Thema. Mit den Projekten, die gerne realisiert werden wollen, ist eine weitere Überschuldung in den kommenden Jahren voraussehbar. Der Stadtrat hat dies erkannt und eine konsequente Überprüfung der Leistungen mit einer Verzichtsplanung angekündigt. Mit der nun eingereichten Motion wird der Stadtrat konkret eingeladen, dem Einwohnerrat bis im März 2012 eine Verzichtsplanung sowie ein Businessplan mit langfristigen Finanzziele vorzulegen. Die FDP-Fraktion unterstützt den Vorschlag gesamthaft. Die Erhöhung der Abwasserbenutzungsgebühren ist ebenfalls einstimmig angenommen worden und ebenfalls die Abänderung der Beschlüsse des Einwohnerrates betr. Einlage des Überschusses aus den Parkierungsgebühren. Dem Voranschlag der laufenden Rechnung hat die FDP-Fraktion ebenfalls einstimmig zugestimmt und hat den Investitions- und Finanzplan zur Kenntnis genommen.

Fr. **Anne-Käthi Kremer**: „Mer bisse i suur Öpfu“ und akzeptieren das Budget. So referierte sie letztes Jahr bei der Budgetdebatte. So tönt es auch dieses Jahr. Besser noch: „Mer bisse in e ganze Sack vou suuri Öpfu oder in e suure Fröchtekorb“. Das Budget sieht nicht sehr rosig aus. Wieso duftet der Zofinger Budgetfrüchtekorb nicht so verlockend? Man muss sich deshalb fragen: Was ist Luxus, was ist „nice to have“, aber eigentlich könnte man auch darauf verzichten ohne dass der Früchtekorb billig aussieht. Brauchen wir dies alles noch? Fehlt anderes? Worauf könnte man verzichten? Im Zofinger Früchtekorb gibt es viel zu bieten: Badi, Trottenweiher, Heitere Tierpark, Neujahrsblatt, Regionalmarketing, Museum etc. Letztendlich stellt sich für Zofingen die Frage, was man weiterhin haben und anbieten möchte und wie viel dies kosten darf. Was aber nicht heisst, dass man diesen Früchtekorb leert, sprich das Budget heute zusammenkürzt. Der Stadtrat hat eine Aufgaben- und Verzichtsplanung für das Budget 2013 angekündigt. Dies muss nun seriös mit Begleitung der FGPK in Angriff genommen werden. Die SP-Fraktion ist sicher, dass der Stadtrat alles daran setzt damit Zofingen finanziell über die Runden kommt. Jeder Bereich in der Verwaltung musste Abstriche machen, was sicher kein einfacher Prozess war. Die Selbstfinanzierung sinkt auf knapp CHF 3 Mio. Mittelfristig hätte man gerne wieder einen Wert von CHF 6 Mio. Das Hauptproblem in Zofingen sind nach wie vor die tiefen Einnahmen aus den Aktiensteuern. Auch wenn sich im Budget 2012 in dieser Hinsicht eine leichte Erholung abzeichnet. Zofingen schreibt im nächsten Jahr Schulden mit einem Finanzierungsfehlbetrag von knapp CHF 3,3 Mio. Und trotzdem ist es für die SP-



Fraktion wichtig und absolut zentral, dass weiterhin investiert wird. Bei einer Zurückhaltung bei den Investitionen stellt sich immer die Frage nach den Konsequenzen. Zofingen soll nicht einen Schritt zurück machen und auch nicht den Status quo behalten, sondern vorwärts schauen. Wir wollen Neues und das Angebot im Fruchtkorb verbessern. Darum muss man auch nicht immer auf die Zahlen schauen. Trotz allem wird in Zofingen auf hohem Niveau gejammert. Und etwas scheint dabei verboten zu sein: Eine Diskussion über den Zofinger Steuerfuss von 102 %. Diese Frucht mit Stacheln und Dornen will niemand anfassen. Sie hatte dies schon letztes Jahr angesprochen, wurde aber durch die Nachredner abgekanzelt. Sie spricht den Steuerfuss zum Abschluss trotzdem nochmals an. Sie zitiert den Stadtmann gemäss FGPK-Protokoll wie folgt: „Möglicherweise wird man in diesem Zusammenhang sogar eine Steuerfussdiskussion führen müssen“. Wieso machen wir dies dann nicht? Aarburg muss den Steuerfuss wahrscheinlich von 119 auf 124 % erhöhen. Aarau und Windisch haben es probiert. Jede 8. Gemeinde im Aargau ist gezwungen, den Steuerfuss zu erhöhen. Zofingen dreht und windet sich und jetzt hat man den Fruchtsalat. Dieser schmeckt bitter, aber er wird gegessen. Voilà, das ist das Budget 2012.

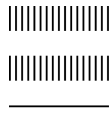
Die SP stimmt den stadträtlichen Anträgen zu und dankt der Verwaltung und dem Stadtrat für ihre Arbeit.

Hr. **Markus Gfeller** informiert, dass die SVP-Fraktion das Budget geprüft hat und dankt vorweg den Gremien für die umfangreiche und gute Arbeit. Das Erfreuliche findet man in diesem Budget auf der Ertragsseite: Die Steuereinnahmen steigen um satte 5 %. Hier stellt sich die Frage, ob in diesem Budget ein Einnahmenproblem besteht. Die Situation ist doch vielmehr die, dass die Kosten dies wegfressen und unterem Strich bleibt von dieser Umsatzsteigerung quasi nichts oder nichts mehr übrig zum Investieren. Natürlich tragen nicht beeinflussbare Kosten, z.B. Schule und Gesundheit, wesentlich dazu bei. Aber es ist auch so, dass die Personalkosten verwaltungsintern steigen. Es sind auch Positionen dabei, die der Einwohnerrat beschlossen hat.

Die SVP-Fraktion wird nicht auf einzelne Kostenpositionen eingehen. Zu den 2 % Lohnsteigerung möchte die SVP-Fraktion festgehalten haben, dass davon ausgegangen wird, dass der Stadtrat, welcher die 2 % auf die Zahl des Kantons abgestützt hat, allenfalls auch Änderungen beim Kanton mitberücksichtigen wird. Im Zusammenhang mit der Motion der SVP- und der FDP-Fraktion betr. Verzichtsplanning und Businessplan wird eine rasche Ausarbeitung und Umsetzung dieser Planung im Stadtrat erwartet.

Die SVP-Fraktion wird dem Budget zustimmen und ebenfalls die übrigen Anträge mehrheitlich gutheissen.

Fr. **Irma Jordi** führt aus, dass nach der Prüfung des Budgets festgestellt wurde, dass es eigentlich genau so daher kommt, wie es schon lange vorausgesagt wurde. Seit 2006 hiess es, dass sich ab 2010 die Steuerrechtsrevision auswirken wird und dass sich finanzielle Umwälzungen von Bund und Kanton ankündigen werden. Man ist sich bewusst, dass es sehr schwierig ist zu budgetieren, solange noch klare Aussagen des Kantons zum Gesundheits- und Pflegebereich fehlen. Glücksgefühle wurden bei diesem Budget sicher nicht ausgelöst. Aber es muss klar festgestellt werden: Zofingen jammert auf hohem Niveau. Aus der Sicht der Dynamischen Mitte ist es falsch, das vorliegende Budget zu korrigieren. Gespannt ist man aber auf die Aufgaben- und Verzichtsüberprüfung, welche der Stadtrat für nächstes Jahr vorgesehen hat. Verzichten tut ja bekanntlich weh und deshalb muss dann diskutiert werden. Wo soll verzichtet werden, ohne die Qualität zu verlieren. Wie letztes Jahr schon erwähnt, kann man dankbar sein, dass das Stimmvolk keine Steuersenkungsgelüste hegt.



Die stadträtlichen Anträge werden von der Dynamischen Mitte Zustimmung erhalten. Sie dankt an dieser Stelle der Verwaltung für die gute Arbeit.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, benützt gerne die Gelegenheit, einige der Fragen, die bereits gestellt wurden, zu beantworten. Gleichzeitig möchte er einen Überblick über die jetzige finanzielle Situation geben und detailliert darauf eingehen, was der Stadtrat in den nächsten Monaten vorhat. Der Stadtrat ist dankbar, dass sich alle Fraktionen dahingehend geäußert haben, am Budget 2012 nicht gross zu korrigieren, sondern die Konzentration auf die nächsten Jahre ab 2013 zu legen.

Zuerst ein kleiner Ausblick. Der Stadtrat hat im Sinn, die Lohnerhöhung, welche mit 2 % eingestellt wurde, nicht auszuschöpfen, sondern 1,3 % zu gewähren. Damit liegt die Stadt Zofingen eher im unteren Mittelfeld der Gemeinden und öffentlichen Verwaltungen. Im Moment sind in der Region Zofingen Lohnerhöhungen zwischen 0 und 1,5 % geplant. Der Kanton liegt zurzeit noch bei 1,5 % – so wurde es zumindest in der Kommission besprochen. Der Stadtrat möchte generell die Teuerung ausgleichen, welche Ende September in etwa zwischen 0,4 und 0,5 % lag. Im Weiteren sieht der Stadtrat eine strukturelle Erhöhung von 0,6 % und eine leistungsbezogene Erhöhung von 0,2 % vor.

Die strukturelle Erhöhung von 0,6 % erscheint im ersten Augenblick hoch. Seit einigen Jahren wurden sehr gute Erfahrungen gemacht indem junge Leute, welche zum Teil ihre Ausbildung noch nicht beendet haben, in die Verwaltung aufgenommen wurden. Die Stadt Zofingen verfügt über sehr viele routinierte Angestellte, die erlauben, dass die jungen Leute an gewisse Aufgaben herangeführt werden. Es gibt gewisse Verwaltungsbereiche, die ausserordentliche Schwierigkeiten haben, gute Leute zu einem marktgerechten Preis zu rekrutieren. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass viele kleinere Gemeinden Mühe haben, Fachpersonal zu finden und dies zum Teil durch sehr hohe Lohnangebote korrigieren. In diesem Markt befinden wir uns im Moment. Nun hat die Stadt Zofingen den Weg über jüngere Leute gewählt, denen Ausbildungsbeiträge bezahlt werden und die an neue Aufgaben herangeführt werden. Diese jungen Leute haben irgendwann ihren Rucksack gefüllt und dann bringen wir sie mit diesen 0,2 oder 0,5 % leistungsbezogen nicht in eine marktgerechte Lohnsituation hinein. Deshalb diese 0,6 % für dieses Segment der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Zofingen.

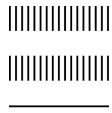
Diese 1,3 % Lohnanpassungen anstelle der im vorliegenden Budget gerechneten 2 % ergeben eine Einsparung über die ganze Verwaltung von nahezu CHF 200'000.-. Diese Einsparung ist aber nicht bei allen Verwaltungsabteilungen budgetwirksam, sondern äussert sich in einer Verbesserung der Eigenwirtschaftsbetriebe. Zum Beispiel das Seniorenzentrum, welches mit dem Entscheid von 1,3 % Lohnanpassungen Einsparungen von rund CHF 100'000.- generieren kann. Bei der Regionalpolizei, beim Regionalen Zivilstandsamt oder bei der HPS sind diese Einsparungen ebenfalls nicht direkt budgetwirksam. So ergibt sich eine budgetwirksame Entlastung von CHF 100'000.-.

Die abgelehnte Schulsozialarbeit auf Primar- und Kindergartenstufe, welche im Budget noch enthalten ist, ergibt zusätzlich eine Einsparung, welche bei der Berechnung der Selbstfinanzierung bereits berücksichtigt wurde. Diese steigt auf über CHF 3 Mio. und so sinkt der Finanzierungsfehlbetrag entsprechend.

So handelt es sich nun gesamthaft um eine Verbesserung um ca. CHF 200'000.- gegenüber dem vorliegenden Budget. Dieses wird aber in Absprache mit dem Gemeindeinspektorat nicht nochmals neu gedruckt.

Wo stehen wir nun eigentlich? Der Stadtrat hält sich ziemlich konsequent an das, was der Kanton vorgibt – ausser bei den Aktiensteuern, wo jede Gemeinde selber recherchiert. Der Nettoaufwand





stieg zwischen 2008 und 2009 markant an, sank zwischen 2009 und 2010 und ab 2010 stieg er dann laufend. Dieser ist nicht immer beeinflussbar, da viele Aufgaben des Bundes und des Kantons an die Gemeinden abgewälzt werden. Hr. **Hans-Ruedi Hottiger** hat sich in der Funktion als Präsident der Gemeindeammännerversammlung des Bezirks Zofingen vorgenommen, die neuen Nationalrätinnen und Nationalräte einzuladen und ihnen bei jedem Geschäft aufzuzeigen, wie sich dieses jeweils auf Gemeindeebene finanziell auswirkt. Wenn er das Gespräch mit den jetzigen Nationalrätinnen und Nationalräten im Zusammenhang mit der Pflegefinanzierung oder dem Kinder- und Erwachsenenschutz sucht, fällt ihm auf, dass einige keine Ahnung über die finanziellen Folgen für die Gemeinden haben.

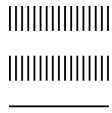
Anhand einer Folie zeigt der Stadtammann eine mögliche Entwicklung des Nettoaufwandes bis ins Jahr 2016 auf. Die Veränderungen werden unterteilt in „durch die Gemeinde bestimmt“ und „durch Kanton/Bund delegiert“. Ersichtlich ist von 2009 auf 2010 durch die Gemeinde bestimmt - 2,7 % und durch Kanton/Bund delegiert + 1,4 %. Dann wird es happiger: Von 2010 auf 2011 durch die Gemeinde bestimmt + 1,9 % und durch Kanton/Bund bestimmt + 18 %. Ein Ausgleich ist hier unmöglich. Dann 2011 auf 2012 durch die Gemeinde bestimmt + 6,6 % und durch Kanton/Bund bestimmt + 9,9 %. Hier sind allerdings die Lohnanpassungen von 2 % und der Ausbau der Schulsozialarbeit auf Primar- und Kindergartenstufe noch enthalten. Bei einer Berücksichtigung der Änderung wäre es hier mindestens 1 % weniger. Fast zweistellige Zuwachsraten werden durch Kanton und Bund durchgereicht und dann wird es schwierig, dies einigermaßen unter Kontrolle zu halten.

Anhand weiterer Folien verschafft der Stadtammann einen Überblick über die Selbstfinanzierung, die Nettoinvestitionen und Nettoschuld/-vermögen bis ins 2016. Die Nettoschuld wird bis auf CHF 20 Mio. ansteigen. Hier müssen Massnahmen getroffen werden. Im Vergleich mit den Luzerner Nachbargemeinden mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von CHF 2'000.- bis 4'000.- steht Zofingen mit CHF 1'500.- pro Kopf gut da. Problematisch für Zofingen ist dagegen, wenn mit einer Selbstfinanzierungsrate in der Grössenordnung von CHF 3 Mio. operiert wird. Wenn eine regelmässige Selbstfinanzierung von CHF 8 Mio. ausgewiesen werden könnte, dann wären CHF 20 Mio. Schulden kein Problem. Ziel ist deshalb, eine Selbstfinanzierung zwischen CHF 6 bis 7 Mio. zu erreichen, damit eine Senkung der Verschuldung möglich wird. Hr. Hans-Ruedi Hottiger zeigt weitere Folien, aus denen die Entwicklung des Nettoaufwandes in den einzelnen Abteilungen von 2005 bis 2012 ersichtlich ist.

Zurzeit ist das Thema „Stadt Region Zofingen“ aktuell. Er zitiert Peter Gehler: „Zofingen ist eine zu schwache Lokomotive um die ganze Region zu ziehen“. Hier kommt es natürlich darauf an, wie viele Wagen muss diese Lokomotive ziehen und wie gross ist die Steigung, die bewältigt werden muss. Hier zeigt sich die Abhängigkeit innerhalb einer Region. Es kommt nicht nur darauf an, wie einzelne Gemeinden da stehen sondern wie die ganze Region da steht. Der Stadtrat hat deshalb gewisse Abklärungen getroffen. Er zeigt weitere Folien, in denen der Nettoaufwand in den einzelnen Abteilungen mit den Nachbargemeinden und einigen anderen Zentrumsgemeinden verglichen wird. Basis bildet jeweils die Rechnung 2010.

Fazit für Zofingen: Die Selbstfinanzierung ist deutlich zu tief. Die Steuererträge der juristischen Personen sind nach wie vor auf einem tiefen Niveau. Der Nettoaufwand wird steigen, obwohl dass gewaltig auf die Bremse getreten und effizient gearbeitet wird. Es ist kaum mehr Effizienzsteigerungspotenzial vorhanden. Es muss überlegt werden, ob sich Zofingen alles leisten kann.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger erläutert detailliert geplante Massnahmen und was der Stadtrat bereits eingeleitet hat. Er hält aber klar fest, dass dieses Optimierungsprogramm Sache der Exekutive ist.



Der Einwohnerrat wird natürlich regelmässig darüber informiert. Ziel muss eine nachhaltige Reduktion des Nettoaufwandes und die Verbesserung der Ertragssituation sein.

In einem ersten Schritt wird die laufende Rechnung zu analysieren sein. Die Stadt Rheinfelden ist praktisch über alle Abteilungen gesehen sehr kostengünstig. Die Rechnung von Rheinfelden wird deshalb intensiv untersucht. Der Stadtrat interessiert sich besonders für die Kernaufgaben solcher Zentrumsgemeinden. Diese Auslegeordnung wird anschliessend im Stadtrat beraten. Der zweite Schritt: Auftrag an Bereiche und Abteilungen, Optimierungsmöglichkeiten auf der Ertrags- wie auch auf der Aufwandseite zu finden. Diese Phase soll bis Ende Jahr abgeschlossen sein. Der dritte Schritt: Der Stadtrat wird diese Vorschläge aus den Ressorts prüfen und darüber Beschluss fassen. Der vierte Schritt: Die verantwortlichen Bereiche werden aufgefordert Bericht und Antrag zu den einzelnen Massnahmen zu unterbreiten. Realistisch gesehen wird es nicht so sein, dass ein ganzes Massnahmenpaket zur gleichen Zeit umgesetzt werden kann. Vielmehr wird es Massnahmen geben, die schneller konkretisiert werden können, und für andere wird längere Zeit benötigt. Ziel ist es aber, dass erste Massnahmen 2013 budgetwirksam werden.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung.

### **Beratung Voranschlag 2012 gemäss Inhaltsverzeichnis**

Das Wort wird nicht verlangt.

### **Abschnittsweise Beratung der Einwohnerratsvorlage zum Voranschlag 2012**

#### **3. Jahresziele 2012, Ressort Sport**

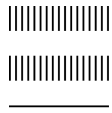
Hr. **Jakob Lang** möchte wissen, ob es sich hier um das Sportkonzept handelt. Wenn nicht, wann wird dann das Sportkonzept und wann das Gemeindesportanlagenkonzept umgesetzt?

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, erklärt, dass das Sportförderkonzept, welches angesprochen wurde, ebenfalls Ende 2012 abgeschlossen sein wird. Zuerst muss aber das Sportanlagenkonzept erarbeitet werden, da dieses einen Bestandteil des Sportförderkonzeptes bildet. Aarau hat Zofingen diesbezüglich überholt. Diese haben CHF 200'000.- Externkosten für das Sportförderkonzept ausgegeben. Zofingen hat bis jetzt nur CHF 6'000.- ausgegeben. Die Sportkommission mit der Sportkoordinatorin und ihm sind langsamer vorangekommen als erwartet. Das Konzept wurde in der Prioritätenliste zurückgesetzt, da sich Zofingen externe Ressourcen nicht leisten kann.

#### **4. Übersicht Voranschlag 2012, Personalaufwand Kulturförderung und Musik- und Theateranlässe**

Hr. **Thomas Valko** möchte wissen, ob es sich um die Veränderung von je 100 % um die Schaffung einer neuen Stelle handelt und wenn ja, um wie viel Prozent es sich dabei handelt und in welchem Konto dies verbucht wurde?

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, erklärt, dass die ganze Arbeit der Musik- und Theaterkommission übernommen wurde und deshalb ein interner Umbau nötig war. Zum Teil wurden Stellen der Stadtbibliothek in das neue Konstrukt Musik und Theater überführt. Selbstverständlich mussten hier Stellenprozente erhöht werden, da ein neuer Aufgabenkatalog übernommen wurde. Aber dies entspricht nicht einer Stelle von 100 %. Die Gelder an die Musik- und Theaterkommission waren eigent-



lich Mandatsgelder. Darin enthalten waren auch Personalkosten. Durch diesen Umbau entstanden so die neuen Kostenstellen.

Um wie viel Stellenprozente es sich dabei handelt und in welchem Konto dies verbucht wurde, ist bereits im Kulturförderkonzept berücksichtigt. Wenn alle Zahlen verglichen werden, ohne und mit Musik und Theater, sind zusätzliche Auslagen von CHF 7'000.- zu erwarten. Die internen Verschiebungen sehen wie folgt aus: Bereichsleiterin Cécile Vilas stellt 20 % und Caroline Süess 10 % frei. Zusätzlich sind für das Kultursekretariat 40 Stellenprozente geplant.

Die Arbeit der Musik- und Theaterkommission musste in die Verwaltung überführt werden. Gelder wurden vorher zum Teil falsch investiert. Vielleicht wurde die Kommission etwas zu lange an der langen Leine geführt. Sie ist überzeugt, dass aus diesen Geldern mehr herausgeholt werden kann. Aber selbstverständlich muss unterschieden werden, womit das Abonnementtheater finanziert wird und womit die Personalkosten. Die zusätzlichen Stellenprozente wurden bereits dafür eingesetzt, dies auseinander zu nehmen. Die Personalabteilung, der Finanzverwalter und die Bereichsleiterin Cécile Vilas unterstützten diesen schwierigen Prozess. Es folgt nun eine Testphase. In einem Jahr kann dann besser darüber orientiert werden, wohin welche Gelder fliessen.

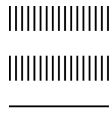
Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtmann, erklärt, dass es etliche Verschiebungen der Kosten gab. In der Vergangenheit wurde querverrechnet, das heisst, der Aufwand der Stadtbibliothek wurde mit der Kostenstelle Kultur verrechnet. Bis jetzt war die Musik- und Theaterkommission in der Kostenstelle Kulturförderungsbeitrag enthalten, ausmachend einen Anteil von CHF 60'000.-. Mit den Verschiebungen ist nun mit zusätzlichen Kosten von rund CHF 7'000.- zu rechnen.

##### 5. Projekte und Investitionen, Bezirksschule: Umbau Hauswartwohnung in Schulraum

Fr. **Claudia Hauri** möchte wissen, was alles in den eingestellten CHF 200'000.- enthalten ist?

Hr. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, informiert, dass die Räumlichkeiten der Hauswartwohnung dem Natur- und Bewegungskindergarten zur Verfügung gestellt werden. Zofingen hat durchschnittlich 82 Kinder pro Jahrgang im Alter zwischen 6 bis 12 Jahren. Da es bei den 0 bis 5 Jährigen durchschnittlich 106 Kinder pro Jahrgang sind, muss eine zusätzliche Kindergartenabteilung geschaffen werden. Es wurde festgestellt, dass ein Natur- und Bewegungskindergarten – abgesehen davon auch aus pädagogischer Sicht – begrüsst wird. Auch für die Budgetbehörde hat dies Vorteile: Da sich die Kinder hauptsächlich im Freien aufhalten, müssen weniger Räume geschaffen werden. Es wurde eine Lösung gefunden in dieser Hauswartwohnung im Bezirksschulhaus, welche ohnehin nur schwer wieder an jemanden Aussenstehenden hätte vermietet werden können. In den vorgesehenen Räumlichkeiten müssen Wände versetzt werden, geplant sind ebenfalls neue Böden, neue Akustikdecken und neue Sanitäranlagen. Der Aussenraum muss neu gestaltet werden. Gleichzeitig wird auch der hintere, bis jetzt leerstehende Raum einbezogen sowie der vordere Raum, in welchem bis jetzt die Schulsozialarbeit untergebracht war. Die Detailprojektierung ist noch nicht abgeschlossen. Die Kostenschätzung von CHF 200'000.- hat etwa eine Genauigkeit von +/- 15 %.

Gemäss Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtmann, kann man sich natürlich jetzt fragen: Ist überhaupt Bedarf für einen solchen Natur- und Bewegungskindergarten. Aber innerhalb von zwei Jahren ist der Durchschnitt auf 105 Kinder pro Jahrgang gestiegen. Das heisst, in Zukunft muss eine zusätzliche Kindergartenabteilung geschaffen werden. Aber anstelle eines neuen Kindergartens hat sich der Stadtrat entschieden, für alle Kinder aus der ganzen Stadt einen einzigen Natur- und Bewegungskindergarten zu schaffen. Deshalb ist auch im Budget der zusätzliche Aufwand für den Schul-



bus enthalten. Damit wird verhindert, dass die Kinder aus den verschiedenen Quartieren durch die ganze Stadt zum neuen Kindergarten geschleust werden müssen. Die Reaktion der Eltern wäre vorprogrammiert. Zudem kann so verfolgt werden, wie sich die Schulsituation weiter entwickelt. Er erinnert an die nächste Abstimmung im Frühling 2012 betreffend 6 Jahre Primarstufe und 3 Jahre Oberstufe. Dies wird für Zofingen betreffend Schulräumlichkeiten sehr entscheidend sein. Zofingen ist ein Oberstufenstandort und wenn es dazu kommen sollte, hätte Zofingen mindestens 100 Kinder weniger, also nur noch 1'200 Kinder in der Oberstufe. Im Hinblick auf die Unsicherheiten der Zukunft, werden die Räumlichkeiten so umgestaltet, dass sie auch für den üblichen Schulbetrieb genutzt werden könnten.

### 7. Details zum Voranschlag, Naturschutz, Interne Verrechnungen Werkhof

Hr. **Jakob Lang** bemerkt, dass einerseits interne Verrechnungen entlasten und andererseits belasten. Von 2010 bis 2012 hat sich der Aufwand praktisch verdoppelt. Die entsprechenden Entlastungen finden aber nicht entsprechend statt. Im Voranschlag ist eine Zunahme des Aufwandes von CHF 45'000.- zu verzeichnen. Wie sind diese Mehraufwendungen im Naturschutz begründet? Erachtet die zuständige Stadträtin eine Verdoppelung der Kosten im Vergleich zu Basis 2010 als gerechtfertigt?

Fr. **Käthi Hagmann**, Stadträtin, hat diese Frage eigentlich schon in der FGPK erwartet. Erklärbar ist diese Zunahme einerseits durch die erwähnten Verlagerungen und andererseits mit den Ökowiesen bei den Grabengärten, beim Naglerbach und beim Bezirksschulhaus. Diese Wiesen wurden bis jetzt von einem Bauern bewirtschaftet. Das war für Zofingen eine Nullsummenrechnung. Da es sich um nicht besonders hochwertiges Heu und um kleine Flächen handelt, war der Bauer schon dieses Jahr nicht mehr bereit, für sich diesen Aufwand zu betreiben. Das heisst, der Werkhof muss diese Arbeit in Zukunft übernehmen. Für dieses Jahr konnte noch eine Lösung mit einem anderen Zofinger Landwirt gefunden werden. Für nächstes Jahr zeichnet sich vorerst keine solche Lösung ab, deshalb die Budgetierung. Billiger käme es, diese Wiesen zu mähen und alles zu entsorgen. Dies entspricht aber nicht dem Leitbild, wie eine solche Ökowiese gepflegt werden sollte.

### 7.3 Zahlenteil, Abteilung 2 Bildung, Schulanlagen, Baulicher Unterhalt durch Dritte

Fr. **Claudia Hauri** möchte wissen, warum im vorliegenden Voranschlag mit CHF 360'700.- gegenüber dem Voranschlag 2011 mit CHF 234'500.- budgetiert wird. Wie erklärt sich dieser grosse Unterschied?

Hr. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, erklärt, dass die Kosten für den baulichen Unterhalt der Schulliegenschaften zwischen den Jahren immer etwas schwanken. Im nächsten Jahr fallen verschiedene grosse Unterhaltsarbeiten zusammen, wie die Fassade der Rosengartenturnhalle oder das Amtshüsli. Solche Unterhaltsarbeiten hinauszuschieben macht keinen Sinn. Bei der Fassade der Rosengartenturnhalle wäre dies besonders ungünstig. Zum heutigen Zeitpunkt können die Rostschäden mit geringem Aufwand behoben werden. Wenn dieser Zeitpunkt verpasst wird, kann es sein, dass die Bleche ganz durchrosten und es in die Isolation regnet und somit eine Gesamtsanierung der Fassade in Betracht gezogen werden müsste. Deshalb die Bitte, nicht auf eine Verschiebung zu tendieren.

### 7.3 Zahlenteil, Abteilung 2 Bildung, Schulbus Naturkindergarten

Fr. **Eveline Anderegg**: In der Begründung ist erwähnt, dass es für alle möglich sein soll. Aber schaffen wir uns hier nicht ein Problem mit Kindern, die zum Teil weite Wege haben. Kommt hier nicht mehr auf uns zu?

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, verneint und erklärt, dass der Stadtrat im Gegenteil verhindern will, dass die Kinder weite Wege auf sich nehmen müssen. Würde man jetzt einen neuen Kindergarten irgendwo schaffen, würden garantiert die Wege für den Durchschnitt der Kinder grösser werden. Deshalb der Schulbus, welcher die Kinder im ganzen Stadtgebiet abholt. So haben alle Kinder die Chance, den Natur- und Bewegungskindergarten zu besuchen.

### 7.3 Zahlenteil, Abteilung 3, Kultur und Freizeit, Jugend- und Freizeitgestaltung, Dienstleistungen und Honorare

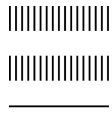
Hr. **Jürg Seiler** verweist auf die Begründung des Stadtrates auf Seite 26. Wieso müssen so viele Konzepte auswärts gegeben werden? In der Verwaltung sind sehr gute Leute, die dies kostengünstiger übernehmen könnten. Auch im Ressort Natur und Unterhalt auf Seite 5 ist zu lesen, dass drei weitere verschiedene Konzeptvarianten vorgesehen sind und extern gegeben werden? Wieso nicht intern?

Fr. **Aki Dubach**, Vizeammann, erklärt, dass das Jugendkonzept, welches im 2002 dem Einwohnerrat vorgestellt und von diesem genehmigt wurde, der neuen Zeit angepasst werden muss. Es geht nicht nur um die Stadt Zofingen. Sonst würde dies die Verwaltung sicher gerne selber machen. Die Zeiten haben sich geändert. Liegt Zofingen noch richtig mit dem vorhandenen Jugendkonzept? Dies muss abgeklärt werden. Gelder des Kantons sind bereits gesprochen worden und verschiedene Offerten wurden eingeholt. Wenn hier Gelder gekürzt werden, gäbe es nur ein kleines Konzept. Mit dem vorgesehenen Kostenaufwand könnte man sich aber ein besseres Bild machen um weiter zu kommen.

Fr. **Käthi Hagmann**, Stadträtin, erläutert, dass die drei Konzeptvarianten den Tierpark betreffen. Im Zusammenhang mit dem Leitbild Natur wurde festgehalten, dass die Tierparkanlagen aufgewertet werden sollen. Der erste Schritt wurde mit der teuren Sanierung des Trottenweiher gemacht. Der zweite Schritt wäre der Hirschpark. Vorstellbar wäre eine Variante, die CHF 50'000.- aber auch eine die CHF 5 Mio. kosten würde. Eine ausgewiesene Fachperson – diese konzipierte den Tierpark Lange Erlen in Basel – wurde beauftragt, drei Varianten aufzuzeigen. Aufgrund dieses Papiers wird dann weiter entschieden. Gar keine Sanierung kommt eigentlich nicht in Frage. Gerade ein Schmuckstück ist der Hirschpark nämlich nicht. Der Tierschutz spielt hier auch eine Rolle. Mufflons mussten infolge Hufproblemen – verursacht durch das feuchte Gebiet Buggeliloch – bereits weggegeben werden. Durch Abschuss musste sogar der grosse Tierbestand reduziert werden. Dies hat dazu geführt, dass man sich einen Tierpark wünscht, der zum ganzen Heitern und seinem Naherholungsgebiet passt.

### 7.3 Zahlenteil, Investitionsrechnung, Allgemeine Verwaltung, Verwaltungsliegenschaften, Liegenschaftskonzept der Stadt Zofingen

Hr. **Jakob Lang** erinnert sich an eine seiner ersten Einwohnerratssitzungen im 2010, in welcher die Stelle von Herrn Soldati auf der Bauverwaltung bewilligt wurde. Bei den Diskussionen wurde deutlich, dass das Liegenschaftskonzept erste Priorität hat. Erst dann ist es möglich, die Liegenschaften



der Stadt richtig zu bewirtschaften und wenn möglich zu rentabilisieren. Auf Seite 5 bei den Jahreszielen hat er die Erstellung und Umsetzung des Liegenschaftskonzeptes vermisst. Ende 2012 sind 2 ½ Jahre seit der erwähnten Stellenbewilligung vergangen. Jetzt wird ein Voranschlagskredit von CHF 100'000.- beantragt. Wird nun das Liegenschaftskonzept 2012 umgesetzt?

Hr. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, erklärt, dass die Stadt Zofingen ein Liegenschaftsportefeuille im Wert von CHF 290 Mio. besitzt. Mit einem Liegenschaftskonzept kann festgestellt werden, welche Kosten im Zusammenhang mit Unterhalt und Werterhalt in den nächsten Jahren anfallen. Die Unterhaltsmassnahmen können so rechtzeitig vollzogen werden bevor Gesamtsanierungen nötig sind. Das Konzept beinhaltet eine Zustandsanalyse. Dieses Jahr wurden bereits 9 Liegenschaften in Auftrag gegeben. Die CHF 100'000.- sind für die restlichen 71 Liegenschaften vorgesehen, die im 2012 zu analysieren sind. Ende 2012 ist ein Zusammenzug vorhanden, der Auskunft über die Aufwendungen in den nächsten Jahren gibt. Der nächste Schritt wird die Nutzungsplanung sein. Sind genug Schulräume vorhanden? Braucht die Verwaltung mehr Räumlichkeiten? Sind zusätzliche Bauten nötig oder wo muss neu investiert werden? Oder gibt es allenfalls Liegenschaften die unternutzt sind? Zum Beispiel Schlachthaus, Bertschischeune, Abdankungshalle. Aufgrund des Nutzungskonzeptes können Umnutzungen oder allenfalls Verkäufe ins Auge gefasst werden. Ende 2012 wird also eine Zwischenetappe erreicht werden.

Dass zwei neue Stellen dafür bewilligt wurden, stimmt nicht. Die Stelle von Emanuele Soldati war vorher die Stelle von Lukas Reichmuth, Leiter Hochbau und Liegenschaften. Bei der anderen Stelle handelt es sich um diejenige von Daniel Wüthrich. Er befasst sich nun schwergewichtig mit diesem Liegenschaftskonzept. Er ist der Nachfolger von Rolf Degen. Es wurden also keine neuen Stellen geschaffen. Der Bereich Hochbau und Liegenschaften ist sehr gut ausgelastet. Die Wartezeiten für Baubewilligungen sind bald zu lang. Daniel Wüthrich hat im April 2011 seine Stelle angetreten und musste sich zuerst zwei Monate lang fast ausschliesslich mit den Sturmschäden befassen. Kein Wunder, dass im Bereich baulicher Unterhalt im 2011 nicht alles erledigt werden kann. Er bittet das Parlament, den Bereich Hochbau und Liegenschaften am Liegenschaftskonzept weiter arbeiten zu lassen. Langfristig wird dies dazu dienen, die laufende Rechnung zu entlasten.

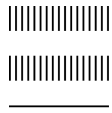
Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die **Vorsitzende** lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. Der Erhöhung der Abwasserbenützungsgebühren pro Kubikmeter Frischwasserbezug gemäss § 39 des Reglements über Siedlungsentwässerung, Gewässerschutz, Wasserbau und Hochwasserschutz von CHF 1.80 pro m<sup>3</sup> auf CHF 2.10 pro m<sup>3</sup> zuzüglich Mehrwertsteuer per 1. Januar 2012 sei zuzustimmen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:1 Stimmen zugestimmt.**

2. In Abänderung der Beschlüsse des Einwohnerrates vom 12. März 2001 betreffend Einlage des Überschusses aus den Parkierungsgebühren in den Spezialfonds Parkplätze und vom 25. Oktober 2004 betreffend Limitierung der Einlage auf CHF 200'000.- pro Jahr ab dem Jahr 2005 sei der Sistierung der Einlage in den Parkgebührenfonds im Jahr 2012 zuzustimmen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.**



3. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit einem Steuerfuss von 102 % und der Investitions-  
voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2012 seien zu genehmigen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.**

4. Vom Investitions- und Finanzplan 2012 – 2016 sei Kenntnis zu nehmen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.**

Die Vorsitzende wünscht dem Stadtrat und der Verwaltung eine sichere Hand beim Umsetzen und Einhalten des Budgets 2012. Die Diskussion heute Abend hat gezeigt, dass Verzichtspotenzial vorhanden ist. Sie dankt insbesondere dem Team von René Küng für die professionelle Arbeit.

### Sitzungspause

Art. 76

### GK 96

#### **Teilrevision Parkgebührenreglement – Schaffung der Rechtsgrundlage für die Erhebung von Parkgebühren im Altstadt-/Bahnhof-Parking**

Hr. **Robert Weishaupt**, Referent der FGPK, erklärt, dass das vorliegende Geschäft an der FGPK-Sitzung im September keine grössere Diskussion ergab. Die Meinungen sind bekannt. Er verweist auf das FGPK-Protokoll. Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig den stadträtlichen Antrag anzunehmen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **Stefan Giezendanner** fasst die zwei anstehenden Vorlagen, GK 96 und GK 97 mehr oder weniger zusammen, wird aber im Einzelnen etwas dazu sagen. Die Initiative Blaue Zone hat bekanntlich hohe Wellen geschlagen. Dank der Initiative Blaue Zone – die ein bisschen auf den Tisch gehauen hat – hat der Stadtrat das verschärfte und aus seiner Sicht auch konsumentenfeindliche Parkgebührenreglement Version 1.0 überarbeitet. Wenn er dies nicht gemacht hätte – nämlich genau zum Zeitpunkt der Initiative – hätte der Einwohnerrat diesen Sommer das vorliegende Reglement Version 1.0 angenommen. Dies hätte die durchgehende Bezahlung von 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr, ein massiver Anstieg der Gebühren und eventuell sogar die mögliche Streichung der Gratishalbstunde zur Folge gehabt. Zur Erinnerung: Am 14. Juni 2010 hat die Mehrheit des Einwohnerrates – d.h. bis auf die SVP – die Dynamische Mitte mit der Überweisung der Motion für die Ausarbeitung des neuen Parkgebührenreglements unterstützt. Diese ist auf gutem Weg gewesen, wenn nicht die Blaue Zone initiiert worden wäre. Es geht nicht darum, das Eine gegen das Andere auszuspielen. Festgehalten werden muss aber, dass es doch die eine oder andere negative Auswirkung hätte, wenn die Blaue Zone vom Volk angenommen würde. Nämlich eine Beeinschränkung der Wohnqualität durch den Mehrverkehr, eventuell Wegfall der Laternenpauschale und ganz sicher eine Zunahme des Suchverkehrs. Diese negativen Einflüsse hat die stadträtliche Vorlage nicht, was sie durchaus positiv macht. Es gilt an folgendem bewährten Grundsatz festzuhalten: So wenig Gebühren wie möglich, aber so viel wie absolut notwendig. Da das Steuersubstrat vielleicht doch tiefer ausfallen wird, muss das

Korsett in nächster Zeit enger geschnallt werden, und da kann es nicht sein, nochmals auf eine CHF 0,5 Mio. an Gebühren zu verzichten. Durch die stadträtliche Vorlage wird auf folgende Begehren des Initiativkomitees eingetreten: Eine halbe Stunde Gratisparkieren, eine kostenfreie Mittagsstunde, keine Anhebung der Parkgebühren in der Altstadt, eine Gebührensenkung im Bahnhof-Parking. Fazit: Die Fraktion der SVP Zofingen kommt zum Schluss, dass einerseits wieder das Gebot Einzug findet und nicht primär das Verbot, dass gleichzeitig eine vernünftige Gebührensenkung stattfindet, was zur Attraktivitätssteigerung führen soll und die Automobilistinnen und Automobilisten animieren soll, das Parkhaus zu benützen. Die SVP-Fraktion Zofingen-Mühlethal steht geschlossen hinter dem Antrag des Stadtrates und hofft damit, dass wieder Ruhe und Konstanz Einzug findet. Die Bürgerinnen und Bürger haben genug von Revisionen, insbesondere von Parkgebührenreglementsrevisionen und wünschen sich, dass über das Thema Fahren in der Altstadt langsam Stillschweigen einkehrt. In diesem Sinn unterstützt die SVP-Fraktion beide Geschäfte, GK 96 und GK 97.

Hr. **André Kirchhofer** hält ein Grundsatzvotum über beide Geschäfte, GK 96 und GK 97. Als einzige Partei hat die FDP von Anfang her immer klar Position bezogen. Der Status quo, so wie es jetzt ist, ist für die FDP in Ordnung. Es stimmt, die Vernehmlassungsvorlage des Stadtrates ist in der Bevölkerung nicht begrüsst worden. Aber, wer jetzt über dem Stadtrat den Stab bricht, dass dieser eine Vernehmlassung durchgeführt hat, hat schlichtweg einfach das Wesen einer Vernehmlassung nicht verstanden. In einer Vernehmlassung geht es darum, einen Entwurf vorzulegen, dieser wird von der Bevölkerung bewertet und die Regierung hat anschliessend die Aufgabe, ihre Schlüsse daraus zu ziehen. Diese Aufgabe hat der Stadtrat wahrgenommen. Er ist sich nicht sicher, dass dies nicht passiert wäre, wenn die Initiative nicht gestartet worden wäre. Er würde zu anderen Geschäften, z.B. zum Kultur- oder Sportkonzept, ebenfalls entsprechende Vernehmlassungen begrüssen. Die FDP ist klar der Meinung, dass beide Geschäfte, GK 96 und 97 angenommen werden müssen. Die FDP schliesst sich der Argumentationen des Stadtrates an. Nur noch etwas: Die Blaue Zone ist sehr budgetrelevant und wenn diese so angenommen würde, käme es eines Tages soweit, dass nicht mehr mit der Nagelfeile – so wie heute – sondern wahrscheinlich mit der Motorsäge Budgetpolitik gemacht werden müsste. In diesem Sinne befürwortet die FDP die Geschäft GK 96 und 97 des Stadtrates.

Hr. **Franz von Büren** hält fest, dass es beim GK 96 darum geht, eine Grundlage zur Erhebung von Parkhausgebühren, welches neu der Stadt angehört, zu schaffen. Die SP ist dafür, dass dies so gehandhabt wird, auch Hinblick, dass so CHF 800'000.– Einnahmen zu verzeichnen wären.

Hr. **Marco Arni**: „Geht in Zofingen das Parkieren über das Studieren?“. Das hat man zumindest in gewissen Phasen der heissen Debatten im letzten Jahr meinen können. Über die unglaubliche Heftigkeit, wie über 10 Rappen, 20 Rappen oder 50 Rappen diskutiert wurde, konnten Aussenstehende nur staunen. Man hatte das Gefühl, die Existenz von ganz Zofingen hänge davon ab. Diese Emotionalität – ob es uns passt oder nicht – muss akzeptiert werden. Der Einwohnerrat muss sich aber jetzt auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Der politisch rechtliche Rahmen für die Parkgebühren muss nun gesetzt werden. Der zweiteilige Auftrag des Einwohnerrates ist es, das Parkhaus in das Reglement zu überführen, da es jetzt der Stadt gehört. Zudem muss die Motion der Dynamischen Mitte umgesetzt werden, welche die Attraktivität des Parkhauses gegenüber den Altstadtparkplätzen für Kurz- wie auch für Dauerparkierer steigern soll. Erfüllt die Vorlage GK 96 die beiden Ziele? Die Antwort der Dynamischen Mitte ist: Ja und Jein. Ja, das Parkhaus wird formal korrekt in die Zone 4 eingegliedert und ist im Reglement. Jein, weil das Parkhaus „fast“ immer wie attraktiver gegenüber den Oberflächenparkplätzen wird. Jein, weil im vorgeschlagenen § 2 Abs. 3 des Parkgebührenreglements eine Gratisparkdauer von maximal zwei Stunden vorgesehen ist. Bei dieser Formulierung könnte der Stadtrat in seiner Kompetenz die Gratisparkdauer auf null oder auf eine halbe Stunde



herabsetzen. Somit wäre höchstens oder vielleicht sogar weniger als gleich viel Gratisparkzeit im Parkhaus erlaubt wie bei den Oberflächenparkplätzen. Mit dem Gegenvorschlag hat sich der Stadtrat verpflichtet, den Rahmen von zwei Stunden Gratisparkzeit im Parkhaus auszunützen, aber nur bis ins Jahr 2015. Was anschliessend passiert ist offen. Hierzu hat sich der Stadtrat in seiner Vorlage nicht geäussert. Deshalb wird die Dynamische Mitte im Verlauf der Detailberatungen einen Antrag stellen. Dieser soll sicherstellen, dass auf jeden Fall die Gratisparkzeit im Parkhaus länger ist als bei den Oberflächenparkplätzen, und zwar über das Jahr 2015 hinaus. Das ganze Werk ist ein Kompromiss. Man hat, nachdem sich der Stadtrat mit seinem ersten Entwurf auch aus Sicht der Dynamischen Mitte etwas zu stark zum Fenster hinausgelehnt hat, mit dem zweiten Entwurf wieder auf einen nüchternen und sachlichen Kompromiss zurückgefunden. Es wird ein Rahmen gesetzt, welcher niemandem weh tut und im Idealfall inklusive dem Antrag der Dynamischen Mitte eine bessere Auslastung des Parkhauses bringt und eine Entlastung der Altstadt. Die stadträtliche Vorlage ist aus Sicht der Dynamischen Mitte ein Vorschlag fürs Parkieren und nicht fürs Studieren. Mit dem erwähnten Änderungsantrag wird auf die Vorlage des Stadtrates eingetreten.

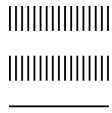
Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung über die Vorlage.

#### **IV Anpassung des Parkgebührenreglements, § 2 Abs. 3, Zone IV, Montag bis Samstag, Tag, Gratis-Parkdauer max. 2 Std.**

Hr. **Marco Arni** stellt im Namen der **Dynamischen Mitte** den **Antrag, die Gratis-Parkdauer auf mindestens 1 Stunde und maximal 2 Stunden abzuändern**. Damit würde gewährleistet, dass der Stadtrat die Gratis-Parkzeit nicht unter einer Stunde festlegen kann. Eine Stunde Gratis-Parkzeit heisst: Es gibt auf jeden Fall eine längere Gratis-Parkdauer im Parkhaus als bei den Altstadtparkplätzen. Der Stadtrat hat so rechtlich keine Möglichkeit, die Gratis-Parkdauer im Parkhaus tiefer zu setzen oder gleich zu setzen wie bei den Oberflächenparkplätzen. Dies ist voll und ganz im Sinne der überwiesenen Motion, welche heute abgeschrieben werden soll. Die Vorlage sollte deshalb der Motion entsprechen.

Hr. **Michael Wacker** erklärt sich grundsätzlich mit diesem Antrag einverstanden. Gibt aber zu bedenken, dass zum Beispiel in der Stadt Baden massiv mehr Geld durch die Bewirtschaftung der Parkplätze eingenommen wird. Er traut dem Stadtrat zu, dass er so vernünftig ist, nicht Minimalquoten zu beschliessen und wahrscheinlich auch keine Maximalquoten. In seinen Augen reicht im Reglement die Maximalquote. Wenn aus irgendwelchen Gründen die Quote in den nächsten Jahren herabgesetzt werden müsste, möchte er dies in die Hände des Stadtrates legen und nicht in einem Reglement festlegen, welches dazu wieder geändert werden müsste.

Hr. **Rolf Moor** bestätigt, dass im Reglement eine Gratis-Parkzeit von max. 2 Stunden festgelegt wurde und der Stadtrat diesen Rahmen bewusst setzen wollte. Beim GK 97 verpflichtet sich der Stadtrat bis Ende 2015 – also rund 4 Jahre – keine Änderung vorzunehmen. Ab 2016 muss wieder entsprechend analysiert werden. Der Stadtrat empfiehlt dem Einwohnerrat den Antrag der Dynamischen Mitte abzulehnen.



Die **Vorsitzende** stellt die stadträtliche Formulierung dem Antrag der Dynamischen Mitte gegenüber.

**Der Einwohnerrat lehnt den Antrag der Dynamischen Mitte mit 25 zu 9 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) ab.**

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die **Vorsitzende** lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. Den Änderungen des Parkgebührenreglementes sei zuzustimmen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

2. Der Stadtrat sei zu ermächtigen, nach Rechtskraft dieses Einwohnerratsbeschlusses den Zeitpunkt der Inkraftsetzung des revidierten Parkgebührenreglementes festzulegen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

Art. 77

GK 97

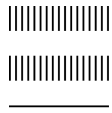
**Initiative auf Einführung Blaue Zone in der Altstadt – Tarifiereduktion und Ausdehnung Gratisparkzeit im Altstadt-/Bahnhof-Parking als Gegenvorschlag**

Hr. **Michael Wacker**, Referent der FGPK, dankt den beiden Vorrednern, Stefan Giezendanner und André Kirchofer und stellt fest, dass diese genau die Überlegungen angesprochen haben, welche auch in der FGPK bereits diskutiert wurden. Diese hielt fest, dass sie möglichst geschlossen gegen die Initiative Blaue Zone auftreten sollte und gleichzeitig wurde der Wunsch geäußert, dass auch der Einwohnerrat ein solches Zeichen setzt. Im Rahmen der Budgetprüfung tauchte in der FGPK folgende Frage auf: Was wären konkret die Auswirkungen bei einer Blauen Zone? Die Mindereinnahmen würden bei einer Verzichtsplanung beispielsweise bedeuten: Schliessung der Badi oder Schliessung der Stadtbibliothek. Die FGPK steht einstimmig hinter den vier stadträtlichen Anträgen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **Benno Riss** ist der Meinung, dass angesichts der absehbaren Knappheit die Wiedereinführung der Blauen Zone das Dummste wäre. Wenn der Gewerbeverein wirklich glaubt, mit der Blauen Zone mehr Kundschaft für das Gewerbe in die Altstadt zu locken, dann ignoriert er alle Studien zu dieser Thematik. Das Problem der fehlenden Kundschaft sind nicht die teuren Parkplätze sondern im Wesentlichen der fehlende Branchenmix und die Harmonisierung der Öffnungszeiten. Abgesehen davon würde der vermehrt erwartete Suchverkehr genau dazu führen, dass die Attraktivität der Altstadt sinken würde. Er geht davon aus, dass sich alle Parteien mit aller Kraft dafür einsetzen, dass das Volksbegehren an der Urne keine Chance hat.

Hr. **Marco Arni** schliesst sich der Stossrichtung von Benno Riss an. Die Dynamische Mitte wird selbstverständlich ebenfalls ganz klar gegen die Blaue Zone antreten. Denn das, was diese Initiative verlangt, ist diametral gegen die Zielsetzungen der Motion der Dynamischen Mitte gerichtet, welche eine Verlagerung in das Parkhaus verlangt. Der Stadtrat hat in seiner Vorlage sehr gut zusammenge-

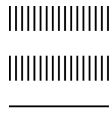


fasst, was für Auswirkungen die Blaue Zone hätte. Nämlich genau das Gegenteil was Zofingen nötig hat. Es ist neidlos einzugestehen, dass die Initiantinnen und Initianten ganze Arbeit geleistet und eine beeindruckende Anzahl von Unterschriften gesammelt haben. Dies spricht eine deutliche Sprache. Aber eine deutliche Sprache wofür? Wirklich nur für die Blaue Zone? Die Initiative wurde nach dem Bekanntwerden des Vernehmlassungsvorschlages lanciert. Er weiss von Personen, die in der damaligen Situation sagten: Jetzt muss ein Zeichen gesetzt werden, indem die Initiative unterschrieben wird. Einiges ist nun passiert und es wäre spannend zu sehen, wie viele dieser Personen die Initiative Blaue Zone heute noch unterschreiben würden. Im März 2012 besteht dann die Möglichkeit, diese Frage an der Urne zu klären. Der Einwohnerrat und der Stadtrat haben nichts zu befürchten. Die Vorlage GK 96 sieht heute dank der Initiative ganz anders aus als die seinerzeitige Vernehmlassungsvorlage. Der Stadtrat verpflichtet sich mit dem Gegenvorschlag bis 2015 zu weitreichender Ausschöpfung seiner Kompetenzen, welche durchaus im Sinn der Motion sind, nämlich dass das Parkhaus attraktiver für Kurz- und Langzeitparkierer wird. Die Dynamische Mitte will das klare Zeichen des Stadtrates bis 2015 mittragen.

Was ist nach 2015? Selbstverständlich sieht es dann wieder anders aus. Aber - nicht jetzt als Misstrauen gegenüber dem Stadtrat zu verstehen - muss aus Sicht der Dynamischen Mitte schon über 2015 hinaus geschaut werden. Der Einwohnerrat hat den Antrag der Dynamischen Mitte beim GK 96 nicht angenommen. Auch beim GK 97 wird die Dynamische Mitte ebenfalls einen Antrag stellen. Denn die Frage ist: Auf welcher Grundlage wird der Stadtrat im 2015 entscheiden? Wird er seine Gebührenpolitik, wie im Gegenvorschlag aufgezeigt, beibehalten oder kehrt er zu einer intensiveren Bewirtschaftung zurück. Dazu äussert sich der Stadtrat in der Vorlage GK 97 nicht. Die Dynamische Mitte will, dass dieser Lenkungseffekt in das Parkhaus auch über 2015 bestehen bleibt. Deshalb wird die Dynamische Mitte keine Blackbox einfach so durchwinken und sagen: Schauen wir dann wieder im 2015 was passiert. Sondern der Stadtrat soll heute bereits beauftragt werden, dass dieser im 2015 Rechenschaft über die Wirkungen dieser Massnahmen im Gegenvorschlag ablegt. Bis dann wird der Kommunale Gesamtplan Verkehr wahrscheinlich in Kraft sein. Dieser wird gewisse Vorschläge über Parkraum und Parkgebühren enthalten, die zu weiteren Diskussionen führen werden und ebenfalls zu beachten wären. „Es gibt keinen Grund blau anzulaufen“. Die Dynamische Mitte sagt in diesem Sinne klar Nein zur Initiative und Ja zum Gegenvorschlag. Am liebsten mit der Ergänzung, dass 2015 Zwischenbilanz gezogen wird.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, vergleicht den Grossanlass Tour de Suisse, welcher mehrere Etappenziele beinhaltet bis der Gesamtsieger erkoren ist, mit dem GK 97. Er benennt das GK 97 mit „Tour de Parking“ von Zofingen. Diese Vorlage hat schon viel Gesprächsstoff geliefert, hat viele Informationen und Sitzungen hinter sich gebracht, also lange, kräftige und zeitraubende Etappen. Etappen, welche Kondition und Ausdauer, aber auch taktische Massnahmen erfordert haben. Heute steht eine erneute Etappenankunft an, bevor es zur endgültigen Zielankunft am Sonntag, 11. März 2012, ca. um 12.00 Uhr mit dem Etappenziel Zofingen kommt.

Der Stadtrat hat in GK 97 das Geschäft sehr umfangreich umschrieben. Einige Schwerpunkte seien trotzdem nochmals erwähnt. Der Stadtrat hat den Auftrag aus der Motion der Dynamischen Mitte vom 14. Juni 2010 wahrgenommen. Dieser lautet: Unterbreitung eines attraktiveren Angebotes im Parkhaus gegenüber den oberirdischen Parkplätzen in der Altstadt. Die Tarifstruktur ist so zu gestalten, dass diese im Bahnhofparking für Kurzparkierer deutlich attraktiver wird als die bei den oberirdischen Parkfeldern. Für den Stadtrat war von Anfang an klar, dass diese Etappe der „Tour de Parking“ von Zofingen eine der schwierigsten in Bezug auf Kondition, Durchhaltewillen und die nicht idealen Prognosen sein wird. Deshalb hat der Stadtrat entschieden, vor der Ausarbeitung der Einwohnerratsvorlage zuerst die Einwohnerinnen und Einwohner von Zofingen in Form einer Vernehmlassung zu fragen, wie sie die Situation beurteilen. Der Stadtrat hat sich für die Variante, welche



keine Minderkosten generiert, entschieden und die Tarifstruktur so aufgebaut, dass der Unterschied vom Parkhaus zu den Oberflächenparkplätzen vergrössert wird. An der Informationsveranstaltung vom 17. Februar 2011 kam dann klar und deutlich zum Ausdruck, dass dieser stadträtliche Vorschlag komplett in eine falsche Richtung zielt und in keiner Art und Weise eine Akzeptanz fand. Dies zeigten auch die 78 Fragebögen, welche bis zum 15. März 2011 eingereicht worden sind. Für den Stadtrat war dieses Vorgehen sehr wertvoll und zeigte klar auf, in welche Richtung die Einwohnerratsvorlage ausgearbeitet werden sollte. Völlig überrascht wurde der Stadtrat als umgehend das Initiativkomitee Blaue Zone gegründet und am 27. Juni 2011 beachtliche 1'269 gültige Unterschriften eingereicht wurden. Die verlangte Wiedereinführung der Blauen Zone, welche vermehrter Suchverkehr in der Altstadt sowie jährlich wiederkehrende Kosten von rund CHF 500'000.- bis 550'000.- zur Folge hätte, hat den Stadtrat in eine komplett neue Ausgangslage gebracht. Demzufolge wurde ein Gegenvorschlag zur Blauen Zone ausgeschaffen. Das Parlament und die Bevölkerung können nun entscheiden, welches Parksyste in Zukunft in Zofingen angewendet werden soll. Der Gegenvorschlag des Stadtrates generiert in Zukunft jährlich wiederkehrende Kosten von rund CHF 85'000.-. Beide Parksyste, Gebührenpflicht mit Parkuhren und Blaue Zone, sind allgemein bekannt und entsprechend der lokalen Gegebenheit und Situation gesamtschweizerisch in allen Gross- und Kleinstädten mehr oder weniger eingeführt.

Für den Stadtrat ist es ein Trugschluss, dass sich durch die Wiedereinführung der Blauen Zone, sprich Gratisparkieren, mehr Kundenkontakte, mehr Umsatz und bessere Rahmenbedingungen für das Altstadtgewerbe ergeben sollen. Die kostenlose Bereitstellung von Parkraum in den Innenstädten ist heute unüblich. Die Erhebung einer Gebühr trägt massgebend dazu bei, dass immer Parkraum für Kurzeinkäufe in der Altstadt zur Verfügung steht sowie der Suchverkehr nicht ganz, aber doch wesentlich geringer ist.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Parkierung nicht der entscheidende Faktor für einen Einkauf in der Altstadt ist. Bei den Oberflächenparkplätzen, welche keine Änderungen gegenüber der heutigen Regelung erfahren, kann nicht begründet werden, dass beim Einkauf die sehr moderaten Parkgebühren ausschlaggebend für einen Besuch in der Altstadt sind. Der Konsument entscheidet sich eher nach Qualität, freundliche und kompetente Bedienung, gutem Branchenmix und vor allem einheitlicher Öffnungszeiten. Vor allem die einheitlichen Öffnungszeiten werden schon mehr als 20 Jahre diskutiert, aber leider konnte hier noch keine Einigung erzielt werden.

In Zofingen steht mit den Oberflächenparkplätzen und dem Parkhaus genügend Parkraum zur Verfügung. Dies ist durch verschiedene Abklärungen und Studien erwiesen, z.B. durch die Fachhochschule Nordwestschweiz im Jahr 2001. Falls der stadträtliche Vorschlag, welcher sehr interessante Möglichkeiten mit neu zwei Stunden Gratisparkzeit im Parkhaus und massiver Preisreduktion bei den Abonnements bietet, eine Mehrheit findet, kann dies für Zofingen von grosser Bedeutung sein. Falls man länger in der Altstadt weilt, zum Beispiel für grössere Einkäufe, einen Anlass, für Arbeitnehmende, für Besprechungen und Sitzungen müsste der neue Parkplatz das Parkhaus sein. Leider wird festgestellt, dass verschiedene Gruppierungen von Personen ihr Fahrzeug für einen halben oder ganzen Tag in der Altstadt parkieren und zum Teil alle zwei Stunden nachzahlen. Das sollte und müsste nicht sein. Wenn diese das Parkhaus benützen würden, würde automatisch die Kapazität der freien oberirdischen Parkplätze für Kurzeinkäufe erhöht.

Bei der Bahnhofunterführung steht eine Reklametafel eines Gewerbebetriebes mit folgender Werbung: 219 Schritte und Sie sind im Stadtzentrum. Dies entspricht ca. 1,5 Minuten. Rechnet man zusätzlich die Zeit für die Einfahrt ins Parkhaus und das Abstellen des Fahrzeuges, ist man in rund 3 bis 5 Minuten mitten in der Altstadt. Das ist nicht nur sehr gut sondern hervorragend! Der Stadtrat misst guten Rahmenbedingungen für die Altstadtgeschäfte ebenfalls eine hohe Bedeutung zu. Auf-

grund dieser Überlegungen sowie aus verkehrlichen und finanziellen Gründen lehnt der Stadtrat die Wiedereinführung der Blauen Zone ab. Der Stadtrat ist überzeugt, dass die im Gegenvorschlag vorgesehenen Massnahmen zu einer Verbesserung der Parksituation in der Altstadt und gesamthaft zu einer Attraktivitätssteigerung von Zofingen führen wird. Falls die Initiative zurückgezogen würde, ist der Stadtrat bereit, den stadträtlichen Vorschlag auf den 1. Januar 2012 umzusetzen. Nun wird in den nächsten Minuten die Zielankunft einer weiteren Etappe der „Tour de Parking“ von Zofingen erfolgen, bevor es dann zur Schlussetappe mit der Volksabstimmung am 11. März 2012 geht.

Hr. Rolf Moor bezieht sich auf den Antrag der Dynamischen Mitte und korrigiert, dass der Stadtrat sich in seiner Vorlage bis Ende 2015 verpflichtet. Bereits in diesen vier Jahren wird analysiert, wie sich die Neuregelung bewährt. Falls Korrekturen oder Änderungen nötig wären, ist der Stadtrat sicher bereit, dies zu prüfen und wenn nötig auch entsprechend ab 1. Januar 2016 umzusetzen. Der Stadtrat ist aber nicht bereit, eine grosse Analyse parallel zu dem was heute beschlossen wird zu erstellen. Er empfiehlt deshalb, den Antrag von Hr. Marco Arni abzulehnen.

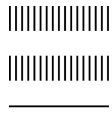
Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung.

## II Initiative für die (Wieder-)Einführung der Blauen Zone

Wenn Hr. **Michael Wacker** die Anliegen und die Argumentation der Initiative liest, fehlt ihm das wichtige Argument, dass die Blaue Zone gewerbeschädigend ist. Er wohnt in der Altstadt Zofingen und seine Garage wäre eigentlich das Parkhaus. Er parkiert aber zugegebenermassen nach Feierabend in der Altstadt, d.h. so um 20.30 Uhr und am Morgen fährt er wieder zur Arbeit. Weshalb? Bis 20.00 Uhr ist das Parkieren in der Altstadt kostenpflichtig. Die Blaue Zone verlangt nur eine Kostenpflicht bis 19.00 Uhr. So könnte er noch 1 ½ Stunden die Parkuhr richten und würde ab 17.30 Uhr als Altstadtbewohner einen Altstadtparkplatz beanspruchen und dem Gewerbe Parkraum wegnehmen. Er wäre sicher nicht der Einzige. Die Kundenparkplätze würden in der Altstadt mit der Blauen Zone ab 17.30 Uhr sowie am Samstagmorgen bis 09.30 Uhr wegfallen. Er hofft, dass das Initiativkomitee dies zur Kenntnis nimmt und einen eventuellen Rückzug überlegt.

## V Gegenvorschlag des Stadtrates zur Initiative Blaue Zone

Hr. **Marco Arni** stellt folgenden **Antrag: „Bis Ende 2015 überprüft der Stadtrat die Wirkung der Übergangsmassnahmen und erstattet dem Einwohnerrat Bericht.“** Die Wirkung dieser Massnahmen im Gegenvorschlag kann wirklich niemand voraussehen. Es ist plausibel, dass das Parkhaus attraktiver und dieses mehr Personen benützen würden. Aber sicher ist es nicht. Betreffend den Umfang kann ebenfalls nur spekuliert werden. Reicht diese Plausibilität? Wie Hr. Rolf Moor bereits erwähnt hat, sind Einbussen von CHF 85'000.- zu erwarten. Man ist bereit, dies zu akzeptieren, nicht zuletzt um die Initiative zur Ablehnung zu bringen. Aber man kann nicht CHF 85'000.- wiederkehrende Kosten einfach so ausgeben ohne dass die Wirkung überprüft wird. Deshalb sollte der Stadtrat bereits heute verpflichtet werden, die Wirkung zu prüfen. Zusätzlich betont Hr. Marco Arni, dass kein Fehler enthalten ist: Bis Ende 2015 soll diese Wirkungsüberprüfung stattfinden. Es sollen nicht die ganzen vier Jahre abgewartet werden. Es soll genug Zeit eingerechnet werden damit eine allfällige Änderung ab 1. Januar 2016 umgesetzt werden könnte. Es müssen nur die notwendigen Daten erhoben werden. Mit welchen Mittel dies erfolgen soll, liegt in der Kompetenz des Stadtrates. Der Gegenvorschlag soll mit diesem Antrag gestärkt und eine abgesicherte Wirkung über 2015 hinaus haben.



Die **Vorsitzende** lässt über den Ergänzungsantrag der Dynamischen Mitte abstimmen.

**Der Einwohnerrat lehnt den Antrag der Dynamischen Mitte mit 22:11 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) ab.**

#### VI Initiative und Gegenvorschlag im Vergleich

Hr. **Martin Willisegger** möchte vom Stadtrat wissen, ob man sich bewusst ist, dass im Vergleich zum Dauerabonnement das P+R pro Jahr teurer ist. Ein Jahr P+R kostet CHF 1'080.– und ein Jahr Dauerabonnement CHF 1'040.–.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, führt aus, dass dies dem Stadtrat bewusst ist und daran festhalten möchte.

Nachdem das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die **Vorsitzende** über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. Das Initiativbegehren „BLAUE ZONE in der Zofinger Altstadt“ sei den Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Ablehnung zu unterbreiten.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

2. Dem Initiativbegehren „BLAUE ZONE in der Zofinger Altstadt“ sei ein Gegenvorschlag gegenüber zu stellen, der die
  - Einführung gezielter Vergünstigungen für das Parkieren im Altstadt-/Bahnhof-Parking (Ausdehnung Gratis-Parkdauer und Erhöhung Rabatt auf Jahresabonnements, exkl. Park+Ride-Abos) und die
  - Ergänzung des Parkgebührenreglementes mit einer Übergangsbestimmung (neuer § 3a) vorsieht,den Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Zustimmung zu unterbreiten.

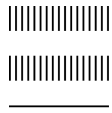
**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

3. Der Stadtrat sei zu ermächtigen, bei Annahme des Gegenvorschlages das Parkgebührenreglement entsprechend anzupassen und den Zeitpunkt des Inkrafttretens festzulegen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

4. Die Motion GK 35 der Fraktion Dynamische Mitte betreffend Parkierreglement für attraktives Parkieren im Parkhaus, überwiesen am 14. Juni 2010, sei als erledigt abzuschreiben.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 30:6 Stimmen zugestimmt.**

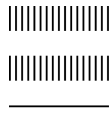


Art. 78

**GK 94**  
**Personalreglement – Revision**

Hr. **Dominik Gresch**, Präsident der einwohnerrätlichen Spezialkommission Personalreglement, stellt fest, dass es sich bei den Voten zum Voranschlag 2012 sowie auch zum Parkierungsregime vor allem um die angespannten Finanzen der Stadt Zofingen drehte. Bei aller Wichtigkeit sollte nicht vergessen werden, dass eine funktionierende Stadt nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch kompetente und motivierte Mitarbeitende benötigt. Genau darum geht es bei dieser Vorlage. Im Rahmen seiner Personalpolitik will der Stadtrat zeitgemässe und fortschrittliche Anstellungsbedingungen anbieten. Dazu war eine Teilrevision des Dienst- und Besoldungsreglements DBR aus dem Jahre 1998 notwendig. Eine Teilrevision deshalb, weil insbesondere die Besoldung unter dem Aspekt der Besitzstandswahrung nicht überarbeitet worden ist. Eine Vorbemerkung zu den Spielregeln: Die Spezialkommission wie auch die Einwohnerratsvorlage haben in erster Linie das Personalreglement zum Gegenstand, während dem der Erlass der Ausführungsbestimmungen in der Kompetenz des Stadtrates liegt. Unabhängig davon hat die Kommission auch die Ausführungsbestimmungen behandelt und dem Stadtrat den einen oder anderen Verbesserungsvorschlag unterbreitet. Er verweist auf die ausführlich beschriebene Vorlage und die sehr gut ausgearbeiteten Unterlagen. Die Änderungsanträge der Spezialkommission können praktisch mit den revidierten Bestimmungen des abzulösenden DBR 98 verglichen werden. Er verzichtet deshalb auf eine detaillierte Erläuterung der Änderungen.

In seiner Funktion als Präsident der Spezialkommission geht es ihm darum, zurück zu blicken und einzelne aus seiner Sicht bemerkenswerte Aspekte hervor zu heben. Bei der Gegenüberstellung der einwohnerrätlichen Änderungen fällt rasch auf, dass grundsätzlich keine materiellen Änderungen enthalten sind. Vielmehr hat sich die Spezialkommission auf die Verwendung von einheitlichen Bezeichnungen und auf die Präzisierung gewisser Formulierungen beschränkt. Was sind die Gründe für eine solche Zurückhaltung? Wie in der Einwohnerratsvorlage beschrieben, kann die vorliegende Revision tatsächlich als ausgewogen, breit abgestützt und personalrechtlich einwandfrei bezeichnet werden. An erster Stelle ausgewogen, weil bei der Anpassung an das gültige Personalrecht punktuelle Verbesserungen zugunsten der Mitarbeitenden erzielt worden sind. Zum Beispiel beim Ferienanspruch für junge Angestellte, beim Vaterschaftsurlaub sowie bei der Frühpensionierung. Auf der anderen Seite wurde die Vorlage nicht überladen und so halten sich die zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Grenzen. Mit Blick auf den Voranschlag 2012 ist dies nachvollziehbar, auch wenn von einzelnen Bereichen mehr Aufbesserungen erwartet worden sind. An zweiter Stelle breit abgestützt. Bereits anlässlich der konstituierenden Sitzung der Spezialkommission haben sich alle Mitglieder für den Einbezug der Mitarbeitenden ausgesprochen. Es hat sich bei der Vorbereitung und an der ersten Sitzung schnell gezeigt, dass im Vorfeld eine umfassende Vernehmlassung mit den Mitarbeitenden aus allen Bereichen stattgefunden hat. Trotz einzelner Kritikpunkte hält er fest, dass das neue Personalreglement mit seinen Ausführungsbestimmungen von den Mitarbeitenden im Grossen und Ganzen mitgetragen wird. Ebenfalls der Vertreter aus dem Personalverband hat dies so bestätigt. Die meisten Diskussionen hat es bei den Richtlinien über die Weiterbildungen gegeben. Offenbar deshalb, weil diese bisher nicht schriftlich geregelt waren. Der Stadtrat hat zum jetzigen Zeitpunkt vorläufige Richtlinien beschlossen, welche im Verlauf von zwei Jahren von einer paritätischen Weiterbildungskommission weiterentwickelt werden. Insofern kann auch dieser Teilaspekt als breit abgestützt bezeichnet werden. Und zum Dritten: Die neuen Bestimmungen sind personalrechtlich in Ordnung. Das liegt einerseits an der Fachkompetenz der Arbeitsgruppe und andererseits wurde die Revision durch einen externen Berater unterstützt. Konkret erwähnt er den Anspruch auf



eine besondere Familienzulage. In einem Leserbrief wurde die Ausrichtung dieser Familienzulage im Verhältnis zum Pensum moniert. Diese Kritik wurde an der zweiten Sitzung eingehend und lang diskutiert mit dem Ergebnis, dass es sich dabei offenbar um eine freiwillige Zusatzleistung der Stadt handelt.

Abschliessend hält er fest, dass der Stadtrat die gesteckten Revisionsziele vollumfänglich erreicht hat. Die Benutzerfreundlichkeit ist gewährleistet, die Anstellungsbedingungen sind fortschrittlich, das gültige Personalrecht wurde eingehalten und die Ausführungsbestimmungen berücksichtigen die verschiedenen Anforderungen der Zielgruppen Stadtverwaltung, Seniorenzentrum, Repol, HPS und Werkhof. Einzig die ursprünglich vorgesehene Inkraftsetzung per 1. Januar 2010 wurde nicht eingehalten. Dafür lässt sich das jetzt vorliegende Ergebnis sehen. Er dankt den involvierten Stellen für die professionelle Vorbereitung insbesondere auch Hr. Hans-Ruedi Hottiger als Ressortleiter, Hr. Arthur Senn, Frau Maya Gröbli, Frau Esther Lutz und Hr. Hubert Koller für die engagierte Zusammenarbeit mit der Spezialkommission. Er dankt an dieser Stelle auch seinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Einwohnerrat für die konstruktiven und manchmal sogar unterhaltsamen Diskussionen. Unter diesen Voraussetzungen konnte sehr gut gearbeitet werden, sodass schlussendlich nur zwei der ursprünglich vereinbarten fünf Sitzungen notwendig waren. Die Mitglieder der Spezialkommission sagten bei zwei Abwesenheiten einstimmig JA zu dieser zweckmässigen Teilrevision. Er lädt den Einwohnerrat ein, den Anträgen des Stadtrates ebenfalls zuzustimmen.

Die **Vorsitzende** stellt den Ordnungsantrag, die Sitzung bis maximal 22.00 Uhr zu verlängern.

**Dem Ordnungsantrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.**

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

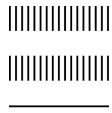
Hr. **Robert Weishaupt** stellt fest, dass ein zeitgemässes Personalreglement vorliegt. Bravo! Es darf festgestellt werden, dass das Personal mit diesem Regelwerk sehr gut gehalten ist. Es wird begrüsst, dass die Angestellten der Stadt gezielt gefördert werden, indem sie an Weiterbildungen teilnehmen können. Bereits Benjamin Franklin hat Mitte 18. Jahrhundert wise bemerkt: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.“ Seitens der Dynamischen Mitte gibt es zum neuen Personalreglement nichts einzuwenden, zumal es professionell begleitet wurde und zum andern stiess man bei der Vernehmlassung beim Personal auf Zustimmung. Die Dynamische Mitte wird dem vorliegenden Reglement zustimmen.

Fr. **Claudia Hauri** erläutert kurz, dass das Personalreglement breit abgestützt ist. Anfangs wurde eine Bedürfnisabklärung gemacht. Diese Bedürfnisse sind wo möglich und sinnvoll eingeflossen. Die Stadt Zofingen ist nach wie vor eine attraktive Arbeitgeberin und die FDP-Fraktion ist selbstverständlich für dieses Personalreglement.

Hr. **Jürg Seiler** verweist auf die Ausführungen von Dominik Gresch. Die SVP steht geschlossen hinter diesem Reglement.

Fr. **Rahela Syed** erklärt, dass die SP das Reglement als sehr gut und zeitgemäss erachtet. Man merkt bei gewissen Paragrafen und das wird als gut empfunden, dass negative Erfahrungen gemacht wurden und nun die Wiederholung solcher Vorkommnisse mit diesem Reglement verhindert werden sollen. Die SP glaubt, dass sowohl die Stadt Zofingen als Arbeitgeberin als auch das Personal der Stadt Zofingen mit diesem Reglement zufrieden sein kann. Die SP unterstützt dieses Reglement und ergänzt, dass im Paragraf 17 noch ein Antrag eingereicht wird.





Hr. **Hans-Ruedi Hottiger** stellt mit einer gewissen Befriedigung fest, dass – da das Sportkonzept noch nicht vorliegt – er als Ressortvorsteher doch noch etwas geschafft hat. Er bedankt sich für die gute Aufnahme in den Fraktionen, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und speziell bei der Arbeitsgruppe Revision für den partizipativen Prozess. Ganz speziell bedankt er sich bei Maya Gröbli und ihrem Team für die professionelle Begleitung. Der letzte Dank gilt der Spezialkommission für die konstruktiven Beratungen. Es war ein intensiver und kreativer Prozess.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung über die Vorlage und informiert, dass die zugestellten Abänderungsanträge der Spezialkommission nur redaktionelle Änderungen beinhalten und diese als Bestandteil der Beilage 2 betrachtet werden.

Hr. **Elmar Bertschinger** bezieht sich auf Paragraph 17 auf Seite 9 der Synopse: Für die Bewerbung auf ein öffentliches Amt muss die Bewilligung des Stadtrates eingeholt werden. Hier mag vielleicht die eine oder andere nicht so gute Erfahrung mitgespielt haben. Er stellt folgenden **Antrag: Für die Bewilligung auf ein öffentliches Amt besteht eine Meldepflicht**. Er begründet dies damit, dass jeder Schweizer das Recht hat, zu wählen und gewählt zu werden. Es ist heute schon schwierig genug, Personen für ein politisches Amt zu finden und deshalb sollte man diesen nicht noch einen Stein in den Weg legen. Damit aber von der Arbeitgeberseite auch eine gewisse Berechtigung anzuerkennen ist, ist er der Meinung, eine Meldepflicht sei hier angebracht. Die Leute sollen nicht unbedingt davon abgehalten werden, ein politisches Amt, was auch ein Vorteil für eine Stadt sein kann, auszuüben.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadttammann, möchte den Einwohnerrat bitten, diesen Antrag abzulehnen. Die Kaderleute und nicht zuletzt auch der Stadtrat sind vor Sachen, die nicht vorhersehbar sind, zu schützen. Falls zum Beispiel jemand als Nationalrat gewählt wird, ist diese Person mehrere Wochen nicht verfügbar. Eine Meldepflicht würde hier nicht reichen. Diese Zusatzbelastung müsste zuerst besprochen werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Zofingen sind grundsätzlich da, um ihre Aufgaben hier zu erfüllen. In der Praxis wird heute schon versucht, für solche Personen Möglichkeiten zu finden. Aber die zusätzliche Belastung muss vorgängig besprochen werden. Es kann nicht sein, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Nichts desto trotz begrüsst der Stadtrat, dass Kaderleute in Fachorganisationen und Verbänden tätig sind. Der Stadtrat hat noch fast nie nein dazu gesagt. Vorgängig muss die Situation analysiert werden und dies geht nur über eine Bewilligung und nicht über eine Meldepflicht.

Die **Vorsitzende** stellt den stadträtlichen Antrag dem Antrag der SP gegenüber.

**Der Einwohnerrat lehnt den Antrag der SP mit 28 zu 6 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) ab.**

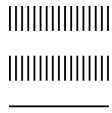
Nachdem das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die **Vorsitzende** über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. Das revidierte Personalreglement sei zu genehmigen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.**

2. Der Stadtrat sei zu ermächtigen, nach Rechtskraft des Einwohnerratsbeschlusses den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Personalreglementes festzulegen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.**



Art. 79

**GK 100**

**Kreditbewilligung für den Umbau der Büroräumlichkeiten der Regionalpolizei**

Hr. **Jan Bachmann**, Referent der FGPK, informiert, dass dieses Geschäft in der FGPK positiv aufgenommen wurde. Durch die Teilfinanzierung dieses Umbaus können wiederkehrende Kosten in der Grössenordnung von CHF 80'000.- pro Jahr eingespart werden. Dies entspräche einer Amortisation von knapp 10 Jahren. Der Aussenposten Schöffland muss – wie vom Kanton verlangt – aufgestockt werden. Durch diese Erhöhung des Mietzinses ergäbe sich eine effektive Einsparung von rund CHF 60'000.- pro Jahr, was einer Amortisation von rund 12 Jahren entspräche. Die Investition der CHF 720'000.- wird sich spätestens nach 12 Jahren positiv auf die Rechnung der Stadt auswirken. Zudem wird die Finanzierung über den Fonds der Vertragsgemeinden Repol abgewickelt, also keine direkte Verrechnung mit der Rechnung der Einwohnergemeinde. Die positiven finanziellen Aspekte sind das eine, das andere ist aber, dass Abläufe optimiert werden können. Weil danach die Büroräumlichkeiten alle auf der gleichen Etage sind, entstehen weniger Leerläufe. Die FGPK steht einstimmig hinter dem Antrag des Stadtrates.

Hr. **Robert Weishaupt** informiert, dass die Dynamische Mitte diesem Antrag zustimmen wird. Das Vorgehen, dass bei Gewerberäumlichkeiten ein Umbau oder Ausbau selber finanziert wird, ist üblich. Dies hat in der Regel den Vorteil, die Ausbaustandards selber zu bestimmen und damit Geld zu sparen. Der Beitrag für den Umbau ist exorbitant hoch. Es wird erwartet, dass nicht unbedingt der ganze Betrag aufgebraucht wird um eine frühere Amortisation zu ermöglichen.

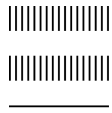
Hr. **Benjamin Gut** erklärt, es sei für die SP-Fraktion nachvollziehbar, dass die Regionalpolizei aufgrund von Personalerhöhungen ihren Platzbedarf optimieren muss. Obwohl nach dem Umbau weniger, aber wahrscheinlich besser aufgeteilter Platz zur Verfügung steht, scheint dies einen besseren Geschäftsablauf bei der Polizei zu generieren. Als ideal wird empfunden, dass Mehrfacharbeitsplätze geschaffen werden und dass auch im Stromverbrauch auf einer modernen und sparsamen Schiene gefahren wird. Somit ist dieses Geschäft für die SP-Fraktion auf der ganzen Linie in Ordnung. Einzig das Kreditrisiko von 15 % wird für eine konkrete Vorlage bei einem Gebäude, welches noch nicht so alt ist und wenig unvorgesehene Sachen mit sich bringt, als ziemlich hoch eingestuft. Dies noch als kritische Anmerkung. Aber die SP-Fraktion stimmt mit einem guten Gewissen diesem Geschäft zu und dankt gleichzeitig für die gut durchdachte und übersichtliche Vorlage.

Hr. **Michael Müller** möchte festhalten, dass es auch gegenüber prognostizierten Kosten möglich ist, zusätzlich eine Reduktion zu erwirtschaften. An dieser Stelle dankt er für die gute Vorlage welche in vielen Details durchdacht ist. Diese Aufbereitung lässt hoffen, dass die Reserveposition von CHF 26'000.- nicht notwendig sein wird. Gleichzeitig wird dies auch so erwartet. Die SVP stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

Hr. **Thomas Valko** hält fest, dass die Nutzung in einem Gebäude Sinn macht. So können Einsparungen gemacht werden und die Abläufe verbessern sich dadurch. In der Beratung entstand deshalb auch keine grosse Diskussion. Die FDP-Fraktion hat diesem Geschäft einstimmig zugestimmt.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Frau **Christiane Guyer**, Stadträtin, bedankt sich vorerst für die positive Aufnahme und ergänzt, dass dieses Projekt nicht auf Eigeninitiative sondern im Rahmen der Umstrukturierung der Staats-



anwaltschaften und der Bezirksgerichte entstand. Die suboptimalen Abläufe werden optimiert, indem die Repol in Zukunft auf einem Stockwerk sein wird und vor allem auch durch die optimale Ausgestaltung dieser Räumlichkeiten. Bei der Beratung der Vorlage im Stadtrat wurde diese in einem Votum als reine Sparvorlage bezeichnet. Fr. Christiane Guyer betont, dass sie finanzpolitisch eine harte Schiene fahre. Tatsache ist, dass nicht CHF 750'000.– beantragt werden, sondern nur noch CHF 720'000.–. Es sind bereits gewisse Einsparungen gemacht worden, u.a. die Umzugskosten, welche der Kanton finanzieren muss. Man wird darauf bedacht sein, dass wirklich nur das investiert wird, was nötig ist. Es wäre aber nicht seriös, wenn nicht noch gewisse Reserven berücksichtigt werden, welche unvorhergesehene Kosten decken könnten. Betreffend den angesprochenen exorbitanten Kosten betont sie, dass wirklich versucht wurde, diese wo möglich zu senken. Die hohen Kosten sind u.a durch die elektrischen Anlagen, vor allem die sicherheitstechnischen Anlagen, entstanden.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung.

Hr. **Stefan Giezendanner** fragt sich, wie die Situation aussieht, wenn die Repol zu einer Einheitspolizei wird. Er propagiert dies nicht allzu laut, aber es ist nicht ausgeschlossen.

Fr. **Christiane Guyer**, Stadträtin, erklärt, dass diese Diskussion im Moment nicht geführt wird. Zum heutigen Zeitpunkt steht die Regionalpolizei im Vordergrund. Sie ist überzeugt, dass diese Lösung in Zukunft kostenmässig günstiger ist, als die Lösung mit einer Einheitspolizei. Trotzdem wurde im Mietvertrag geregelt, dass alle Kosten, die nicht amortisiert werden konnten, der Kanton tragen würde.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die **Vorsitzende** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für den Umbau der Büroräumlichkeiten der Regionalpolizei Zofingen im Dienstleistungsgebäude sei ein Verpflichtungskredit von CHF 720'000.– zu Lasten des bestehenden Fonds der Vertragsgemeinden der Repol zu bewilligen.

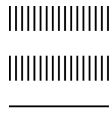
Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 80

GK 89

**Interpellation der FDP-Fraktion, Erstunterzeichner André Kirchhofer, vom 6. Juni 2011 betr. Attraktiver Mittelschulstandort Zofingen statt Finanzierungsrisiko! (Begründung und Beantwortung)**

Hr. **André Kirchhofer** erklärt sich mit der ausführlichen Antwort des Stadtrates als zufrieden.



Art. 81

GK 99

**Interpellation von Viviane Hösli, Marcel Thüler und Michael Wacker (alle SP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2011 betr. Zukunft OX. Kultur im Ochsen (Begründung und Beantwortung)**

Hr. **Michael Wacker** ist mit den teilweisen knappen Antworten des Stadtrates zufrieden. Wichtig war vor allem, dass der Kulturverein für diese Saison den Betrieb aufnehmen konnte.

Art. 82

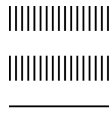
**Umfrage**

Hr. **Andreas Rügger** hat eine Frage zur Broschüre der Städtischen Werke: Was gedenkt der Stadtammann als VR-Präsident der StWZ betreffend dem Schreiben „Ökostrom/Atomstrom“ zu unternehmen? Vorbemerkung: Es war sicher eine löbliche Absicht der StWZ, Ökostrom zu fördern, aber das Vorgehen war seines Erachtens nicht korrekt. Auch andere Ratsmitglieder bzw. ehemalige Ratsmitglieder haben sich dementsprechend im Zofinger Tagblatt geäußert. Die einseitige Vertragsänderung ist rechtlich nicht korrekt und er erachtet dies als sehr unüblich.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, sieht dies etwas anders. Es besteht eine Aktionärsstrategie, die besagt, dass Strom aus erneuerbaren Energien gefördert wird. Dies natürlich innerhalb der wirtschaftlichen Möglichkeiten der StWZ. Die Gelegenheit wurde genutzt, die Strompreise durch die Veränderung eines Strommix im Sinne von erneuerbaren Energien zu senken und das dank Effizienzsteigerungsmassnahmen im Netz, trotz teurerer Energie. Er ist der Meinung, dass dies intensiv kommuniziert wurde. Weitere Flyers sind vorgesehen, in welchen explizit steht, dass der Strommix wieder geändert werden kann. Es wird im Übrigen nicht davon ausgegangen, dass dies ein Vertragsverhältnis ist, welches explizit den Strommix vorsieht. In den letzten Jahren wurde das Verhältnis von Atomstrom zu erneuerbarem Strom mehrmals geändert. Die Kunden wurden darüber nicht explizit informiert. Bei einer Strompreiserhöhung wäre die Situation eine andere gewesen. Dann wäre ein anderes Vorgehen gewählt worden. Er sieht deshalb keinen Grund etwas zu ändern. Diskutiert werden nochmals operative Kommunikationssachen. Es war sicher nicht geplant, dass der Flyer vor der Medienkonferenz erscheint.

Die **Vorsitzende** möchte es nicht unterlassen, der Spezialkommission Personalreglement unter der Leitung von Dominik Gresch im Namen des Einwohnerrates für die Arbeit zu danken. Es war einmal mehr ein Beispiel, dass Kommissionsarbeit Spass machen kann.

Die nächste Sitzung findet am 28. November 2011 statt. Traktandiert ist die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten für die Jahre 2012 bis 2013, sowie die Wahl zweier Stimmenzähler. Die Nominationen sind bis Mittwoch, 23. November 2011 an den Ratssekretär einzureichen. Zusätzlich sind einige Einbürgerungen und zwei Kreditbewilligungen auf der Traktandenliste. Eine davon ist das Seniorenzentrum, das andere die Belagssanierung der Luzernerstrasse. Und zuletzt der parlamentarische Vorstoss, welcher heute von der SVP- und FDP-Fraktion eingereicht wurde. Ursprünglich war noch die Auslagerung der Entsorgungs- und Werkstoffsammelstelle geplant. Dieses Geschäft wird nicht unterbreitet. Die Reservesitzung, welche für den 23. Januar 2012 geplant ist, wird noch offen



gelassen bis am Schluss der Sitzung vom 28. November 2011. Ganz am Schluss dieser Sitzung wird die Stadt Zofingen, wie immer in der Hälfte der Legislatur, noch einen Apéro offerieren. Sie dankt allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten für die kurzen prägnanten Voten. So konnten alle Geschäfte an einem Abend beraten werden.

Schluss der Sitzung: 21.27 Uhr

Für getreues Protokoll:

Patricia Kettner  
Ratspräsidentin

Arthur Senn  
Protokollführer